



# **Familie und Generationen**

## **Leben in gemeinsamer Verantwortung**

**Solidarität erleben**  
**Soziale Gerechtigkeit erfahren**  
**Diskurs gestalten**

**Dokumentation der Fachtagung**  
**am 04. Mai 2005**  
**Centre Monbijou, Berlin**

© Juni 2005

Herausgeberin: Bundesforum Familie  
c./o. Arbeitsgemeinschaft der deutschen  
Familienorganisationen (AGF) e.V.  
Courbièrest. 12  
10787 Berlin  
Fon: 030 / 219 62-513  
Fax: 030 / 219 62-638

Bericht: Jan Hobohm, Honorarreferent  
Brigitte Winkler, Geschäftsführerin AGF

Fotos: Inge Michels, wissenschaftliche Referentin AGF

Verantwortlich: Brigitte Winkler

**Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
(BMFSFJ) für die Förderung des Bundesforums Familie**

## **Inhalt**

<b>Cornelia Spohn</b> Vorstellung des neuen Arbeitsthemas „Familie und Generationen“	Seite 4
<b>Magda Göller</b> Strukturierung und Organisation der Arbeitsphase „Familie und Generationen“	Seite 9
<b>Podiumsdiskussion</b> PSt. Christel Riemann-Hanewinckel, Prof. Dr. Hans Bertram, Prof. Dr. Andreas Kruse Der Generationenpakt: Das soziale Netz der Zukunft	Seite 31
<b>Fachgespräch</b> Familie und Generationen - was die Mitglieder des Bundesforums erreichen wollen	Seite 33
<b>Anhang</b> Tagungsprogramm	Seite 38
Diskussionspapier	Seite 39
Fotos	Seite 43

**Vorstellung des neuen Arbeitsthemas „Familie und Generationen“**

Umschalten und gleichzeitig auch nicht so ganz, weil auch unser neues Thema durchaus in eigenen Punkten an das alte anschließt. Familien – wenn man da den Blick auf die Generation richtet – bewegen sich auch immer im Spannungsfeld von Dazugehören oder sich ausgegrenzt fühlen. Welche Ressourcen Familien und Generationen zur Verfügung stehen, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, hängt von ihrer sozialen Lebenslage ab, von ihrem Bildungshintergrund und den Netzwerken, die ihnen zur Verfügung stehen.

Auch „Familie und Generationen“ ist ein Querschnittsthema und es bietet sich die Möglichkeit, dass wir als Vertreter von Alten, Jugend, Familien und Frauenverbänden unter dem Gesichtspunkt eines konstruktiven Generationenverhältnisses durchaus gemeinsame Interessen verfolgen. Warum finden wir nun dieses Thema wichtig? Die öffentliche Diskussion um Familie und das Verhältnis der Generationen findet derzeit überwiegend auf der Basis demographischer Zahlen statt, die uns das Schreckgespenst der alternden oder auch überalterten Gesellschaft an die Wand malen.

Dabei werden Gegensätze konstruiert, die die Generationen mit ihren unterschiedlichen Rollen und Aufgaben in Konkurrenz zueinander setzt. Alte gegen Junge, Eltern gegen Paare ohne Kinder, auch Väter gegen Mütter, Familien gegen Singles, Rentner gegen Erwerbstätige. Bevölkerungsentwicklung ist aber keine Naturkatastrophe. Sie birgt Risiken, aber auch Chancen, die erkannt werden müssen, damit sie gestaltet werden können. Einige Gedanken möchte ich Ihnen jetzt vorstellen, die wir uns in der Steuerungsgruppe vorab dazu gemacht haben. In den Familien gibt es die umfangreichsten und stabilsten Beziehungen zwischen den Generationen einer Gesellschaft. Damit ist die Familie der wichtigste Ort des Kontakts und der Kommunikation zwischen den Generationen. Hier werden Traditionen weitergegeben, modifiziert oder auch verworfen. Hier werden in der schwierigen Balance zwischen Autonomie und Abhängigkeit pragmatische Kompromisslösungen erprobt. Im Generationenverhältnis liegt ein zeitliches Kontinuum. In der Gegenwart spiegelt sich sowohl die Vergangenheit der Großeltern als auch die Zukunft der Kinder. In einem solchen Spannungsfeld gibt es viel Raum für gesellschaftliche Innovation.

Die globalisierte Gesellschaft verlangt von den Menschen ein Höchstmaß an individuellen Entscheidungen, an Flexibilität und Mobilität in ihrer Lebensgestaltung. Das hat das Selbstverständnis von Familie grundlegend verändert. Man kann auch als Single oder Paar ohne Kinder gut leben und z.B. durch bürgerschaftliches Engagement Verantwortung für vorausgehende oder nachfolgende Generationen übernehmen. Die biologische Verwandtschaft ist nicht unbedingt zwingend, um sich als Familie zu fühlen. Das zeigen die Patchwork-Familien, die Netzwerke von Alleinerziehenden oder auch die ethnischen Communities mit vielfältigen Unterstützungsleistungen. Der sog. Generationenvertrag, die Finanzierung der Renten durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist brüchig, wenn er überhaupt je stabil war. Dagegen ist der familiäre Generationenvertrag eine verlässliche Konstante, ohne die der Sozialstaat nicht überlebensfähig wäre und die die Familie oft an die Grenze der Belastbarkeit bringt.

Zwischen den Generationen finden die unterschiedlichsten Transferleistungen statt. Finanzielle Hilfen der Älteren bei der Familien- oder Existenzgründung der Jungen, Unterstützung bei der Versorgung der Kinder oder Pflege und Betreuung der Alten. Familie – hier wird es spätestens deutlich – besteht innerhalb der Generationen aus Männern und Frauen und es sind mehrheitlich die Frauen, die die versorgenden und pflegenden Aufgaben übernehmen. „Familie und Generationen“ stellt also auch und in besonderem Maße die Fragen nach der Geschlechtergerechtigkeit. Mit unserem Thema „Familie und Generationen“ wollen wir den Blick fokussieren auf die Lebensphasen und Altersklassen, mit ihren spezifischen Zielvorstellungen und Bedürfnissen, mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen, ihren jeweiligen Möglichkeiten und Einschränkungen. Mit diesem Blickwinkel stellt sich die Frage nach anderen Modellen. Z.B. in der Gestaltung der Arbeitszeit, abhängig von der Familienphase, in der Nutzung der Kompetenz der Älteren, die mit 65 Jahren nicht alt sind. Ich möchte Ihnen etwas vorlesen; das ist ein Protokoll aus der Anhörung im Ausschuss für Familie, Frauen, Jugend und Senioren, wo es um den 5. Altenbericht

geht, da sagte Prof. Kruse: „70-, 75- oder 80-Jährige haben bemerkenswerte intellektuelle und kulturelle Stärken. Wenn in Deutschland nur knapp 2/5 der 55- bis 64-Jährigen noch im Arbeitsprozess seien, verschleudere die Gesellschaft menschliches Kapital.“ Schon jetzt leisteten ältere Menschen einen öffentlich kaum bemerkten, beachtlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen. Ebenso sei die Solidarität zwischen Alten und Jungen in der Gesellschaft erheblich größer als angenommen, wenn Familien 4/5 aller chronisch Kranken in Deutschland versorgen. Allerdings habe diese Art Solidarität in der älter werdenden Gesellschaft und bei kleiner werdenden Familien ihre Obergrenze erreicht. Hier komme es darauf an, familiäre Hilfe, ehrenamtlichen Einsatz und professionelle Hilfe der Pflegedienste zusammenzuführen.

Ich sagte eingangs, dass die Ressourcen von Familien – gerade auch in ihrer Verantwortung für die Generationen – von ihren sozialen Lebenslagen abhängen. Wir werden uns also nicht nur mit der Veränderung familiärer Aufgaben angesichts leerer öffentlicher Kassen beschäftigen müssen, sondern auch mit der zunehmenden Armut von Familien, mit den damit einhergehenden Gesundheitsrisiken, mit einer abnehmenden Erziehungsfähigkeit der Eltern, mit einem zunehmenden Mangel an Sozialkompetenz bei den Kindern. Das Thema Familie in ihrem Generationenverhältnis ist hoch aktuell. Einige von Ihnen haben den Berliner Tagesspiegel heute gewiss gelesen. Gestern wurde das Gutachten von Prof. Bertram zu Maßnahmen einer nachhaltigen Familienpolitik, das er im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellt hat, vorgestellt. Zu den vielen Gründen, die junge Menschen veranlassen, keine Kinder zu bekommen, hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung noch einen weiteren ermittelt. Viele glauben, nicht den richtigen Partner für eine Familiengründung gefunden zu haben. Da kann man salopp sagen: „No risk, no fun.“ Man kann aber auch die Frage stellen: Wie ist es denn bestellt mit der Risikobereitschaft der jüngeren, mittleren, älteren Generation? Oder man kann noch anders fragen: Was hat die Bevölkerungsentwicklung mit dem Wandel von Geschlechtsrollen und Geschlechterverhältnissen zu tun? Wir sehen; es gibt noch viel mehr Fragen. Ich habe nur ein einige skizziert und wir freuen uns darauf, mit Ihnen gemeinsam auf diese Fragen in den nächsten zwei Jahren möglichst kreative Antworten zu finden.

## Aussprache

Jetzt mache ich es so wie Herr Hocke und schlüpfe in eine andere Rolle. Herr Hocke hat schon gesagt, dass wir heute Nachmittag Zeit haben, dass auch Sie Ihr Wissen, Ihre Kenntnisse, Ihre Erfahrungen und Ihre Anliegen an dieses Thema formulieren können und wir uns gemeinsam darüber austauschen können. Gibt es spontane Anmerkungen oder Rückfragen?

### *Wilfried Steinert*

Ich bin Wilfried Steinert, Vorsitzender des Bundeselternrates. Ich möchte noch einmal anknüpfen an das vorherige Thema „Rückblick auf die beiden vorangegangenen Themenblöcke“. Ich fände es wichtig, wenn gerade bei der Konzeption dieses neuen Themenblockes „Familie und Generationen“ ganz bewusst die beiden vorhergehenden Prozesse mit aufgenommen werden, damit hier eine Vernetzung stattfindet, denn damit können wir auch Nachhaltigkeit in den anderen Bereichen erzeugen.

### *Cornelia Spohn*

Heute Nachmittag gibt es noch einmal einen Block, wo wir darüber diskutieren können, was die Mitglieder des Bundesforums Familie erreichen wollen.

### *Dr. Ertekin Özcan*

Es gab eine Studie vom Zentrum für Türkeistudien. Nach dieser Studie leben etwa 1/3 der Familien türkischer Herkunft unter der Armutsgrenze in Deutschland. Ich möchte kurz die Situation der türkischen Familie darstellen – hier gehören auch Familie aus anderen sozialschwachen Schichten – und spreche mich dafür aus, dass sich unsere Arbeit in den nächsten zwei Jahren in einem Schwerpunkt dem Bereich der sozialschwachen Familien widmen sollte. Dies sollte ein Schwerpunkt unter anderen sein. Wir sind gerne bereit dabei mitzuwirken und hoffen, dass sich innerhalb den nächsten Jahren auch unsere Infrastruktur verbessern wird. Es gibt natürlich viele

Fragen zwischen den Generationen. Man sagt, dass die türkische Familie eine feste Struktur hat. Nach der Migration verändert sich diese feste Struktur. Daher gibt es einerseits allein stehender Eltern, also Mütter und Väter – insbesondere die Mütter haben ja viele Probleme. Wir haben auch mit ihnen zu tun haben aber auf Bundesebene leider keine Arbeitsgruppe für allein stehende Eltern. Wenn unsere Infrastruktur sich verbessert, möchten wir natürlich auch eine solche Arbeitsgruppe einrichten. Man kann solche Arbeitsgruppe bilden, aber es ist schwierig, die Eltern aus verschiedenen Bundesländern zusammen zu bringen. Wir machen jährlich zwei Veranstaltungen auf Bundesebene, mit den Eltern und auch Lehrerinnen und Lehrern. Ich hoffe, dass wir uns auch weiter in diesem Bereich einbringen können.

#### *Silvia Kroll*

Silvia Kroll, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin. Zunächst denke ich, ist zu begrüßen, dass die Generationenfrage mal unter dem Kontext „Familie und Generationen“ thematisiert wird. Sonst haben wir ja immer nur die Einzeldiskussionen. Entweder Kinder/Alte, Junge/Mittlere etc. Ich möchte aber doch unter dem Stichwort „Optimale Entwicklungsorientierung“ zu bedenken geben, nicht nur die abnehmende Erziehungsfähigkeit – die ja denke ich mal hypothetisch angenommen wird – zu diskutieren, sondern auch die gelingende Erziehungsfähigkeit unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen und gleichzeitig auch die gelingende und wachsende soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen unter den heutigen verantwortlichen Beziehungen. Ich möchte also vor einer Defizitorientierung warnen.

#### *Heribert Rollik*

Ich kann mich den Worten nur anschließen. Ich wollte das ähnlich formulieren. So bleibt mir nur noch zu sagen, vielen Dank für den gelungenen Input in das Thema. Es zeigte uns auch, wie vielfältig die zu bearbeitenden Themenstränge sind.

#### *Cornelia Spohn*

Ich möchte das gerne noch einmal ergänzen. Wir hatten beim Thema „Migrationsfamilien“ folgenden Ansatz: Wir wollten an den Ressourcen der Familien ansetzen und haben das als sehr positiv für unsere Arbeit empfunden. Das wollen wir auch weiterführen. Meine Worte sollen also nicht so verstanden werden, dass wir jetzt nur suchen, wo es irgendwelche Defizite gibt, sondern erst zu sehen, wie kann das, was da ist, auch noch weiter gefördert werden.

#### *Sandra Scheeres*

Sandra Scheeres, Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Ich wollte noch mal den Punkt der Nachhaltigkeit aufgreifen. Wir haben uns in der Vergangenheit mit dem Thema „Sozialraumorientierung“ beschäftigt und ich finde, dass diese Perspektive auch hier ein ganz spannender Ansatzpunkt wäre. Gerade jetzt wird auch auf kommunaler Ebene diskutiert, generationsübergreifend zu arbeiten. Das heißt aber nicht unbedingt, dass man vom Mittelpunkt der Familie ausgeht, sondern dass man dieses Thema auch anders bearbeiten kann. Ich fände es daher unheimlich spannend mal zu schauen, wo es vor Ort Projekte gibt, die sozialraumorientiert und generationsübergreifend arbeiten und dabei die Familie im Mittelpunkt haben, um gute Beispiele auch in diesem Zusammenhang vorzugeben, die im Zusammenhang mit Haushaltsberatung Beachtung finden.

#### *Jutta Appelt*

Jutta Appelt, Verband Bildung und Erziehung. Ich möchte erst einmal sagen, ich begrüße das neue Thema, weil ich es nicht nur gesellschaftlich, sondern auch gesellschaftspolitisch für sehr wichtig erachte. Ich gehe auch davon aus, dass die Thesen, die im Arbeitspapier formuliert worden sind, eine Grundlage der zukünftigen Arbeit sein werden. In ihrer Einführung sind mir zwei Wörter aufgefallen, auf die ich den Fokus richten will. Sie sprachen von einer Geschlechtergerechtigkeit, die automatisch mit zum Thema gehöre. Das sehe ich genauso. Ich möchte nur folgendes anmerken: Wenn man solche Papiere macht, sollte man auch in der Formulierung, im Wording, genauer sein. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wie auch immer – wird mit Frauen in Verbindung gebracht. Warum nicht bitte mit Eltern? Dann haben wir nämlich beides drin.

Das ist zwar nur eine Äußerlichkeit, aber ich denke, in den Gedanken wird sich das dann ein bisschen verändern. Familie und Beruf ist für beide Eltern zu vereinbaren. Und über die Erziehungsunfähigkeit wurde eben schon gesprochen. Ich sehe das genauso und ich würde vorschlagen, dass Sie mit dem Deutschen Jugendinstitut zusammenarbeiten. Da gibt es sehr interessante Untersuchungen über die möglicherweise gar nicht bestehende Erziehungsunfähigkeit der Eltern, sondern, dass es überhaupt ganz andere Probleme gibt. Das sollten wir in Betrachtung einbeziehen.

#### *Ingrid Chaventré*

Ich wollte eigentlich erst heute Nachmittag etwas sagen, aber das passt jetzt zu Ihrer Aussage. Ich vertrete etwa 30.000 bis 40.000 Eltern in Deutschland und ungefähr 60.000 Kinder, die eben als Familie sehr ambivalent gesehen werden. Ich bin die Vorsitzende des Bundesverbandes der Pflegefamilien. Jahrelang ist dort die Verwandtenpflege ausgespart worden. Zum Teil sicher auch aus guten Gründen. Neuerdings erleben wir einen Boom an Verwandtenpflege, die aber ohne jegliche Unterstützung schlicht ein kostengünstigstes Projekt. Sie wird einfach hingenommen egal, ob sich die Familie auch dauerhaft behaupten kann. Wann immer es einer Institution passt, werden diese Kinder dann wieder den Verwandten weggenommen. Das ist ein Zustand, der für eine normale Familie kaum zu ertragen ist.

Es gibt also jede Menge Ressourcen, denn diese Pflegekinder kommen nicht mehr überwiegend aus Randgruppen der Bevölkerung, viele von ihnen haben allein erziehende Mütter. Viele wären bereit, diese Enkel aufzunehmen, aber es war jahrelang nicht möglich, überhaupt eine Familie in die Verantwortung zu ziehen und plötzlich, weil die Kommunen eben auch Pflegefamilien nicht mehr zahlen können, werden die Verwandten benutzt. Ich sage bewusst benutzt. Ich habe jetzt über ein Jahr lang einen Film mit dem Südwestfunk gedreht über drei solche Schicksale. Die Resonanz auf diesen Film war erschreckend für mich. Ich hatte drei Wochen lang über 60 Familien aus 5 oder 6 Bundesländern, die mir genau dieselbe Geschichte schilderten. Familien aus dem bürgerlichen bzw. dem mittleren bürgerlichen Bereich, die bereit wären, ihre Enkel großzuziehen, aber nicht unter den Umständen, die man ihnen zumutet: Dass man mit erhobenem Zeigefinger sagt: Wenn ihr das nicht tut, was wir als Behörde euch sagen, kommen die Kinder ins Heim. Man droht ihnen eigentlich emotional. Es gibt keinerlei Verbindung zwischen den Vätern und Müttern dieser Kinder und den Großeltern und Tanten.

Das wäre ein Bereich, in dem es unserer Organisation darauf ankommt, die Familie zu definieren. Neuerdings gehören Pflegefamilien mehr und mehr mit in die Definition, aber sie sind immer nur dann Familien, wenn man sie braucht. Das ist also ein Bereich, der mir sehr am Herzen liegt.

#### *Maria-Th. Wenzel*

Wenzel, Thüringer Sozialministerium. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Bundesministerium schon seit Jahren die Projektstelle „Dialog der Generationen“ fördert, und diese Datenbank, die diese Projektstelle ins Netz gestellt hat, zeigt, dass das Thema Generationensolidarität nicht neu ist. Das heißt, wir brauchen das Fahrrad nicht noch einmal zu erfinden. Für wichtig halte ich bei diesem Thema zwei Dinge, die sich scheinbar erst einmal ausschließen, die sich aber gegenseitig ergänzen. Das eine ist, dass man die Wertedebatte einbezieht: Was wollen wir überhaupt? Wie hat sich der Wertewandel in den Familien und innerhalb der Generationen widergespiegelt?

Viele junge Menschen wollen gar nicht mehr Familie leben, wollen frei bleiben. Wir haben es gestern erst gelesen. Es gibt neueste Studien, neueste Zahlen. Junge Männer wollen nicht Väter sein, Frauen möchten nicht mehr Mutter sein. Die freiwillige Kinderlosigkeit ist ein Zukunftsmodell, was akzeptiert wird. Das heißt, es gibt auch einen Wertewandel und dahinter steht auch eine Frage: Was ist der Mensch heute und in der Zukunft? Das spiegelt sich natürlich lästig in der gelebten Generationensolidarität. Das ist die Frage des Wertewandels. Die andere Seite ist aber auch der umfangreiche ökonomische Aspekt dieses Problems. Wir haben also einen Generationenvertrag, soziale Lasten, Sicherungssysteme usw. Wir haben die Lasten des Generationenerhalts und der Reproduktion in den Familien gelassen und sozialisieren ihre Effekte. Wir müssen da umdenken. Es müssen hier auch Umsteuerungen stattfinden, die nicht mit kleinen Korrekturen zu lösen sind und das ist auf jeden Fall das ganz wesentliche Standbein für alle

anderen emotionalen Wertedebatten. Sonst bleiben diese Wertedebatten gegenstandslos, wenn es nicht gelingt, hier eine echte Solidarität zu schaffen. Die Solidarität oder auch Gerechtigkeit ist zwischen den Männern und Frauen zu erreichen. Sie ist zu erreichen zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Vätern und nicht Müttern, je nach dem und sie ist zu erreichen zwischen den Generationen. Wir lasten unseren Kindern der nachfolgenden Generation Schulden auf mit jedem Rentenanspruch. Eine Mutter, die 4, 5 Kinder erzogen hat und dadurch Rentenansprüche erwirbt, wird sie bei niemand anders einklagen als bei ihren eigenen Kindern. Nicht bei denen, die keine hatten. Wir müssen hier ganz klar denken und klare ökonomische Modell erfinden und durchdenken, sonst ist die Wertedebatte gegenstandslos und hilflos.

#### *Maria Rocholl*

Maria Rocholl vom Paritätischen Bildungswerk Bundesverband. Ich möchte auch diese Kurve kriegen zu dem etwas mehr ressourcenorientierten Ansatz und würde mich freuen, wenn in dieser nächsten Arbeitsperiode auch mit betrachtet würde, wo finden Familien Ressourcen, dazu gehören auch Familien mit Migrationshintergrund und andere. An welchen Stellen bündeln sich Ressourcen, die sehr viel mehr vom Gemeinwesen genutzt werden könnten. Ich möchte dabei anregen, dieses mit der sozialraumorientierten Arbeit zu verknüpfen, die ja jetzt im ganzen Bereich der Jugendhilfe wieder mehr in die Debatte gekommen ist. Wie kann man Ansätze von Familienbildung und Sozialraumorientierung zukunftsgerichtet nutzen, um die vorhandenen Ressourcen zum Tragen kommen zu lassen und zu verbinden mit dem was an infrastrukturellen Verbesserungen erforderlich ist. Wenn wir mehr in diese Richtung denken, wer übernimmt welche Aufgaben, brächte uns das aus dem Dilemma, das alles nur schlechter wird, denn das ist – glaube ich – tatsächlich nicht der Fall.

#### *Steuerungsgruppe*

Ich danke Ihnen für den Hinweis und würde ihn gerne heute Nachmittag wieder aufgreifen, wenn wir über die Arbeitsformen diskutieren. Da würde ich das gerne noch einmal aufgreifen, damit wir im Idealfall zu konkreten Verabredungen kommen.

Wenn es jetzt keine weiteren Anmerkungen gibt, kommen wir ganz pünktlich zu unserem Kaffee. Wir machen eine kurze Pause.

#### *Brigitte Winkler*

Wenn zu diesem Punkt keine Fragen mehr sind, würde ich gerne, da wir jetzt die Wahlperiode der bisherigen Steuerungsgruppe abschließen, als Geschäftsführerin des Trägerverbandes AGF gerne ein paar Blumen verteilen. Ich habe das Bundesforum Familie seit seiner Gründung in unterschiedlichen Funktionen und Rollen mit begleitet. Ich freue mich, dass ich einige von Ihnen vier Jahre mit begleiten konnte, einige zwei Jahre – einige sind uns unterwegs verloren gegangen.

(Verteilen von Blumen).

#### *Norbert Hocke*

Dann kann ich mich noch einmal recht herzlich bedanken. Die Arbeit in der Steuerungsgruppe hat auch Spaß gemacht. Es waren nicht nur nervenaufreibende Diskussionen, sondern wir sind thematisch auch immer sehr intensiv vorangegangen und ich glaube, dass die Ergebnisse sich auch sehen lassen können. Wir müssen formal jetzt feststellen: Es gab in den Diskussionsbeiträgen keine vehementen Gegner dieses neuen Themas. Von daher gehe ich davon aus, dass das Bundesforum dieses Thema „Familien und Generationen – Leben in gemeinsamer Verantwortung“ in den nächsten zwei Jahren mit Ihnen gemeinsam gestalten wird. Wir können jetzt auch sagen, dass wir zwischen dem Thema Gesundheit und Generationen etwas geschwankt haben. Wir haben uns dann doch für das Thema „Familien und Generationen“ entschieden.

Wir sind genau pünktlich und machen eine kurze Pause, bevor wir dann in den formalen Akt der Wahlen und der Vorstellung der neuen Steuerungsgruppe treten.



**Magda Göller**

## **Strukturierung und Organisation der Arbeitsphase „Familie und Generationen“**

Wir haben jetzt das Vergnügen, die Pause sinnvoll zu überbrücken bis die Wahlergebnisse, die spannende Frage der Wahlergebnisse entschieden ist. Wir wollen uns anknüpfend an die Diskussion, die wir vorhin angefangen haben, über die Strukturierung und Organisation der Arbeitsphase der nächsten zwei Jahre verständigen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir zu einem sehr offenen Gespräch kommen könnten und Sie uns Ihre Rückmeldung geben zu dem was wir ausprobiert haben.

Wir fangen mit dem 2. Punkt an, den Rahmenbedingungen. Klar ist, dass das Thema für einen Zeitraum von zwei Jahren festgelegt ist. Zwei Jahre sind eine kurze Zeit für so ein umfassendes Thema. Das macht uns ehrlich gesagt auch ein bisschen Sorge. Wie gewichten wir also dieses Thema, was setzen wir für Schwerpunkte. Wir haben heute Morgen einige Hinweise von Ihnen bekommen. Dafür sind wir sehr dankbar und ich darf Ihnen auch verraten, dass Sie nicht so sehr neben dem liegen, was wir uns in der Steuerungsgruppe überlegt haben. Wir fanden uns sehr bestärkt bis auf einen Punkt der heute Morgen auch angesprochen worden ist und zwar die notwendige Frage der ökonomischen Absicherung. Das ist sozusagen die Grundlage ist für familiäres Gestalten aber aus unserer Sicht, aus der Sicht der nunmehr alten Steuerungsgruppe muss ich sagen, sind zwei Jahre zu kurz, um sich wirklich umfassend diesen Fragestellungen zu widmen. Zum Zweiten denke ich ist, dass es auch eine Frage ist, die sehr in den kommunalen und den Trägerbereich hinein spielt und wir haben die Hoffnung, dass die verschiedenen Mitgliedsorganisationen je nach ihrer Gewichtung sich mit dieser Frage befassen und dann – sozusagen quer zu dem was wir entwickeln – Ihre Ergebnisse mit einspeisen.

Zur bisherigen Arbeitsweise: Beim Thema Familie und Medien – das wurde heute Morgen bereits angesprochen – hatten wir drei inhaltlich festgelegte Arbeitsgruppen, in denen die Mitgliedsorganisationen gemeinsam beraten und Arbeitsergebnisse zu den jeweiligen Schwerpunkten entwickelt haben. Zum Arbeitsthema Migration haben wir die Methode der Zukunftskonferenzen gewählt. Auf diese Weise versuchten wir Sie in den Entstehungsprozess mit einzubeziehen. Das wurde unterschiedlich genutzt. Es gab Organisationen, Mitgliedsverbände, die bei allen drei Zukunftskonferenzen sehr aktiv mit dabei waren. Es gab auch solche, die nicht anwesend waren und für die ist es dann in der Tat auch schwierig bei dieser Form der Arbeitsweise. Es liegt jetzt ein Arbeitsergebnis vor, das können sie zur Kenntnis nehmen, das können sie auch einspeisen in unterschiedlichen Formen in ihre Verbände. Wenn Sie sich am Entwicklungsprozess nicht beteiligt haben, müssen sie jetzt mit dem vorliegenden Ergebnis vorlieb nehmen.

Wir haben aufgrund dieser beiden Erfahrungen noch einmal neu überlegt, wie wir die nächste Arbeitsperiode gestalten. Die Beteiligung der Mitglieder liegt uns sehr am Herzen und war das Leitmotiv unserer Überlegungen. Bei der Planung der nächsten Arbeitsphase haben wir uns folgende Umsetzungsschritte erarbeitet. Wir wollen Forumsgespräche durchführen nicht nur auf Bundesebene sondern auch vor Ort bei den Mitgliedern. Das passt auch gut zu den Hinweisen, die aus dem Plenum kamen, zur Sozialraumorientierung. Wenn auch von Ihrer Seite her Anregungen Angebote kommen wäre dies schön. Wir wollen auf jeden Fall unsere Mitgliedsverbände vor Ort in die Planung und die Durchführung des Themas einbinden. Wir versprechen uns davon einerseits konkrete Ergebnisse und andererseits, dass Sie so ein Stückchen dichter an der Thematik sind.

Auch die stärkere Einbeziehung von Fachexpertinnen aus dem Mitgliederspektrum haben wir uns vorgenommen. Es ist nicht immer notwendig und gut Expertinnen aus dem Bereich der Universitäten anzusprechen. Wir können hier viel häufiger auf die vorhandenen Ressourcen unseres Mitgliederspektrums nutzen. Dabei ist es natürlich wichtig schon jetzt im Vorfeld ihre Interessen und Schwerpunkte zu kennen; umso gezielter können wir diese berücksichtigen. Wir planen also auch Einzelveranstaltungen und Fachgespräche. Wir wünschen uns eine wissenschaftliche Begleitung. Auch das wurde heute Morgen angesprochen durch Institute, die im Bundesforum Familie Mitglied sind. Das Deutsche Jugendinstitut war da durchaus auch schon in unserem Kopf und in der Diskussion. Wir wollen die Kommunikation zwischen den Mitglie-

dern und der Geschäftsstelle und die Kommunikation zwischen den Mitgliedern und der Steuerungsgruppe verbessern und haben dazu eine neue Homepage entwickelt. Frau Winkler sagt jetzt etwas zur Homepage.

### *Brigitte Winkler*

Die Homepage, das wissen Sie, ist so ein bisschen das Stiefkind des Bundesforums Familie. Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen zu erklären, dass das nicht daran liegt, dass *wir* nicht vorwärts kommen, sondern, dass wir einfach große Probleme mit dem Provider hatten. Der Provider hat den Quellcode der jetzigen Seite nicht rausgerückt und wir haben einige nette und nicht so nette Gespräche führen müssen und müssen im Ergebnis die gesamte Homepage neu schreiben. Sie wissen, dass das einerseits etwas mit dem verfügbaren Geld und andererseits insbesondere etwas mit Zeit zu tun hat. Wir sind aber jetzt schon sehr weit, sodass ich eigentlich gehofft hatte, heute auf den roten Knopf drücken zu können. Das klappt leider nicht, da wir nun noch zusätzlich ein Mitgliederforum in die Homepage integrieren wollen, damit Sie untereinander über die Homepage kommunizieren können.

Das hat noch mal einen etwas erhöhten Bedarf gebracht bei dem jetzigen Menschen, der das Programm schreibt. Wir hoffen, dass wir Mitte Juni den roten Knopf drücken können. Sie müssen nicht jeden Tag nachgucken. Ich schreibe Ihnen dann eine Mail, wenn es soweit ist.

Wir wollen wie gesagt zukünftig diese Homepage dafür nutzen, dass Sie untereinander kommunizieren können, nicht unbedingt über die Geschäftsstelle, weil, Sie haben schon gehört, dass wir auch nur begrenzte Kapazitäten haben. Wir wollen diese Homepage auch dazu nutzen nur, dass Sie alle als Mitglieder über einen Link von unserer Seite erreichbar sind. Außerdem wollen wir themenspezifische Links setzen, zum Beispiel zu speziellen PDF-Dateien oder zu einer Broschüre auf Ihrer Homepage. Beispiel: Frau Neubauer hat gerade eine Broschüre vorgestellt. Es könnte nun auf unserer Homepage ein Hinweis stehen, dass diese Broschüre bei Ihnen erhältlich ist. Mit einem Klick landet man dann nicht auf der Startseite der BAGSO, sondern direkt auf der Seite, auf der diese Broschüre zu finden ist. Dafür benötigen wir von Ihnen gegebenenfalls Informationen, beispielsweise die Linkadresse, da es nicht praktikabel ist, dass wir alle Ihre Seiten durchsuchen.

Es soll auch die Möglichkeit bestehen, dass wir auf der Website einzelne Veranstaltungen, die Sie zum Thema durchführen, vermerken. Die Homepage soll die Plattform Kommunikation erweitert und ich hoffe das klappt. Sie sehen es ist eine ganze Reihe geplant und wir sind alle gespannt auf unsere neue Internetpräsenz. Wie gesagt, sobald die Seite geschaltet ist, werde ich Ihnen eine Mail schicken.

Die bisherige Steuerungsgruppe darüber hinaus geplant, auch die Arbeitsergebnisse möglichst zeitnah zu dokumentieren. Mit der Homepage kann der Transfer sehr zügig von statten gehen, aber auch, wenn das jetzt nicht sofort klappt, sind wir wild entschlossen, Ihnen die jeweiligen Regionalkonferenzen und deren Ergebnisse möglichst zeitnah zur Verfügung zu stellen, sodass Sie immer die Möglichkeit haben sich in den Arbeitsprozess einzuschalten.

Sehr wichtig für die Bearbeitung unseres neuen Themas sind die in Arbeitszeitraum zur Veröffentlichung anstehenden Berichte. Heute Nachmittag werden wir die Leiter der jeweiligen Kommissionen vom 7. Familienbericht und vom 5. Altenbericht treffen und der 11. Kinder- und Jugendbericht ist bereits fertig. Wir werden diese Berichtsflut hinsichtlich unseres Themas in Augenschein nehmen und auswerten. Es müssen Querverbindungen festgestellt werden und die Aussagen unserem Thema entsprechend zugespitzt werden. Auch das ist eine Aufgabe, die nicht so nebenher zu machen ist. Wir müssen schauen, dass wir dafür eine vernünftige Form finden, und wir werden versuchen, uns auf die Verbindungslinien zu konzentrieren. Sie sehen, die Steuerungsgruppe, die dann an die neue die Empfehlungen in dieser Form weitergeben wird, hat sich eine Menge vorgenommen. Sie hat die Aufgabe, den roten Faden zu halten bei diesem sehr umfassenden Thema, was nicht einfach sein wird. Und jetzt möchte ich Sie gerne einladen, noch ein paar Anregungen, Hinweise, Empfehlungen auch Kritik oder Wünsche zu äußern, damit wir das möglichst alles mit berücksichtigen können. Ich eröffne also hiermit die Diskussionsrunde.

*Frau Göller*

Um den Einstieg zu erleichtern: Unsere Fragen beziehen sich auf das Thema selbst. Formal haben Sie es ja schon bestätigt. Ist das Thema gesellschaftlich richtig platziert, sind die Arbeitsformen, wie ich Sie gerade vorgestellt habe, gut gewählt? Wir sind, wie gesagt, immer noch auf der Suche nach der optimalen Form und die gelingt nur mit Ihnen zusammen.

*Herr Löher*

Ja einer muss ja anfangen. Also vielleicht erst eine Rückmeldung. Ich finde das, was Sie als *Procedere* und als Möglichkeit der Arbeitsform angeboten haben, eigentlich sehr gut und ich finde, das könnte man unterstützen. Ich bin einmal zusammengezuckt und wollte fragen, ob ich Sie da vielleicht missverstanden habe bei der Frage, was Sie skizziert haben. Die Steuerungsgruppe hat sich damit beschäftigt, dass eigentlich alles was mit finanziellen Fragestellungen zu tun hat, nicht in Angriff und in Blick genommen werden sollte. Ich nehme wahr, sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch der Diskussion auf der Fachebene, dass durchaus ein starker Schwerpunkt auch im materiellen Bereich liegt, auch in der Frage der Beziehung zwischen den Generationen. Generationengerechtigkeit ist hier ein Stichwort, die Frage des Zusammenhalts zwischen Jung und Alt. Ich bin nicht ganz sicher ob man sich einen Gefallen damit tut, dieses Thema auszugrenzen. Mir ist zwar klar, dass es höchst sensibel ist und mit ist auch klar, dass wir weder den Familienleistungsausgleich noch das gesamte Rentensystem neu erfinden können. Das wäre auch ein sich überheben aber all die Fragen, die zum Beispiel um Unterhaltsrecht und all solche Dinge sich rumranken, die müssten beim Thema Familie und Generationen mit in den Blick genommen und angesprochen werden. Ich möchte also anregen noch einmal darüber nachzudenken, unter welchen spezifischen Gesichtspunkten man die Frage des materiellen Miteinanders doch in den Blick nehmen sollte, auch wenn man hier nicht den Stein der Weisen finden kann.

*Frau Göller*

Ich verstehe das als deutlichen Hinweis, vor allem den Applaus zu diesem Beitrag. Wenn ich sage: wir nehmen das nicht so direkt in den Blick, dann stimmt das in dieser Schärfe natürlich nicht Herr Löher. Die Diskussion zu diesem Thema ist ja nicht nur auf das Bundesforum Familie beschränkt, sondern wird sehr breit in ganz unterschiedlichen Gremien diskutiert, z.B. auch im Deutschen Verein Stichwort Kindergrundsicherung. Das werden wir natürlich mit in den Blick nehmen; es kann aber kein zentraler Bestandteil unserer Arbeit sein. Ich bitte Sie sich noch mal den beschränkten Zeitraum der neuen Steuerungsgruppe von zwei Jahre insgesamt zu vergegenwärtigen. Wir brauchen mindestens ein bis zwei Sitzungen in denen man sich über die grundlegenden Dinge verständigt und dann geht es eigentlich erst richtig los mit der harten Arbeit bei der die Themenschwerpunkte gesetzt werden und bevor den richtig ins Thema eingestiegen werden kann. Das ist ein Problem für welches wir auch noch keine Lösung haben. Wir hatten auch gestern mal kurz diskutiert, ob es sinnvoll wäre die Projektphase auf drei Jahre zu verlängern. Ich denke jedoch, dass dadurch zwar ein Jahr mehr haben, die Arbeit aber nicht effektiver wird. Auf der anderen Seite, wenn man jetzt den Bereich der Nachhaltigkeit mit in den Blick nimmt, dann wäre es ein Jahr mehr, in welchem mehr wirksam werden könnte. Auch da sind wir noch auf der Suche und sind für jeden Hinweis dankbar.

*Wortmeldung*

Ich möchte das noch einmal unterstützen, dass wir uns meiner Meinung nach dringend mit diesem Thema beschäftigen müssen. Die finanzielle Lage der Familien ist wichtig. Ich möchte einen Satz aus dem Einladungsschreiben zitieren mit dem ich ein kleines Problem hatte: „die Solidarität zwischen den Generationen ist ungebrochen und auch die steigende Belastung der Arbeitenden zugunsten des Rentensystems wird durch hohe materielle Transfers von den Alten an Jungen gemildert“. Das war der einzige Satz, mit dem ich ein Problem hatte. So erreichen wir keine Systemkritik; das ist willkürlich. Es hat nicht jeder eine reiche Oma oder einen reichen Opa. Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Da gibt es durchaus unendlich reiche Knappschaftsrentnerinnen und Rentner, die ihre Enkelinnen und Enkel unterstützen können. Das bedeutet ja aber nicht, dass wir dadurch ein System haben.

*Frau Fischer-Köhler*

Ich möchte nicht antworten, aber ich habe ein kleines Strukturproblem bezüglich des Ablaufs unseres Tages. Wir wollten die Diskussion über die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen erst führen, wenn wir die drei Statements heute Nachmittag gehört haben. Wir verwickeln uns jetzt bereits in Einzeldiskussionen und haben überhaupt noch nicht den genauen Überblick. Dazu dienen die unterschiedlichen Aspekte, die wir heute Nachmittag auch noch hören und ich möchte sie einfach bitten, ohne die Diskussion abwürgen zu wollen, dass wir jetzt nur die Arbeitsstruktur betrachten und die Anregungen für die neue Steuerungsgruppe, wie gearbeitet werden soll und dass wir die Inhalte vielleicht insgesamt auf heute Nachmittag übertragen, ohne sie zu vergessen.

*Wortmeldung*

Ja, das genau war auch mein Hinweis. Ich würde dann auf die Arbeitsstruktur zu sprechen kommen. Zunächst ist es zu begrüßen, dass die Informationen, die aus den verschiedensten Verbänden und Vereinigungen kommen als PDF oder in einem anderen Format vorliegen, wenn die neue Homepage geschaltet ist, und so bequem übers Internet abrufbar sind.

Zur zweiten Frage: Sie sagten etwas über die Wissenschaftsperspektive und hier kann ich natürlich nur unterstreichen, dass diese im Bundesforum Berücksichtigung finden sollte. Ich hab Sie so verstanden, dass das Deutsche Jugendinstitut als Evaluator eintritt, oder ist es so zu verstehen, dass das DJI sozusagen als Vertreter der Wissenschaftsperspektive im laufenden Prozess der Aufarbeitung des jeweiligen Themas des Bundesforums beteiligt ist.

*Frau Göller*

Ich denke eher – um direkt darauf zu antworten – es gilt das Letzte von Ihnen genannte. Das ist bisher nicht vielmehr als eine Idee und ein Bedürfnis bzw. die Einsicht in die Notwendigkeit, dass es sinnvoll wäre. Wie das dann realisierbar ist, ist die nächste Frage.

*Frau Winkler*

Ich würde das gerne ergänzen und korrigieren. Es geht nicht um das DJI alleine. Wir haben gesagt, es sind viele wissenschaftliche Organisationen oder Institute Mitglied und diese wollen wir stärker „anzapfen“. Das kann sehr wohl auch eine andere Institution als das DJI sein. Das war nur als Beispiel zu verstehen. Wir streben keinen Exklusivertrag mit dem DJI an.

*Herr Hötzel*

Ich war versucht, etwas zum Inhalt zu sagen, zu dieser Ökonomiedebatte. Das tue ich jetzt nicht. Wenn es jetzt mehr um Verfahrensfragen geht, will ich uns noch einmal darauf einstimmen, dass die Nachhaltigkeit der Arbeit des Bundesforums Familie gerade bezogen auf dieses Thema Familie und Generation nur zu leisten ist, wenn wir uns hochgradig beschränken und auf einige wichtige Sachen konkret beziehen, die dann so konkret bearbeitet werden, dass sie handlungsrelevant werden. Wenn wir zu allem irgendetwas sagen, dann wird sich das irgendwo in einem schönen Dokument verlieren, ohne dass es wirklich Bedeutung bekommt. Dass die Dinge alle Geld zu tun haben, das werden wir sehr deutlich spüren. Ich glaube deutlich geworden ist, dass wir nicht in der Lage sind neue Konzepte von sozialer Gerechtigkeit und von neuer sozialer Sicherung zu entwickeln; damit wären wir total überfordert.

*Dr. Jörg Maiwald*

Ja Jörg Maiwald, Deutsche Liga für das Kind. Ich schleiche mich ein bisschen an der Tagesordnung vorbei, weil ich am Ende heute nicht mehr dabei sein kann. Eine inhaltliche Anregung: Ich finde, es sollte auch bei diesem neuen Thema um die Gewichtung der Generationen im politischen Raum gehen. Die Machtverteilung könnte man auch sagen. Wir sind ja in der Situation, dass wir bald ein durchschnittliches Wahlalter über 50 in Deutschland haben. Die Debatte um ein Stimmrecht ab Geburt ist ja in vielen Bereichen ein großes Thema geworden. Ich würde anregen sie auch hier zu behandeln. Vielen Dank.

*Frau Göller*

Wir nehmen das als Anregung gerne an.

*Prof. Dr. Gisela Notz*

Ich bin Gisela Notz und ich vertrete den Bundesverband Pro Familia und bin auch mit Familiensoziologie beschäftigt und finde es sehr wichtig die Wissenschaftsperspektive einzubeziehen. Ich glaube aber, dass man an dieser Stelle Struktur und Inhalt überhaupt nicht trennen kann. Ich finde es z.B. ganz wichtig nicht nur mit Familienexpertinnen zusammenzuarbeiten, sondern auch das Thema Arbeitsmarkt und Erwerbslosigkeit mit zu berücksichtigen, weil, wenn ich mir auch den neuen Armuts- und Reichtumsbericht anschau, ist es genau das, wo den Familien der Schuh drückt und worunter Kinder zu leiden haben. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Es werden uns auch noch andere Disziplinen einfallen. Statt einer Verengung der Sichtweise die ein Vorredner vorgeschlagen hat, ist es wichtig Perspektiven mit zu entwickeln, die ein bisschen über den Tellerrand des Machbaren auch hinaus reichen. Nur so kann man wirklich nachhaltig für Familien was erreichen. Danke

*Wortmeldung*

Ich wollte nur noch einmal sagen, dass es schon etliche Projekte gibt, welche gerade diese Sozialraumentwicklung schon seit einigen Jahren bedenken. Dazu gehören Aktionen wie lokale Bündnisse für Familien auf Bundesebene, auf Landesebene, Landesbündnis für Familien. Es ist hier schon sehr viel Energie und Geld investiert worden und wir können weiter die Werbetrommel für Familien rühren. Der Gedanke ökonomischer Gerechtigkeit darf auf keinen Fall nur nebenher fahren.

Wir dürfen uns nicht übernehmen und sollten kein neues System entwickeln. Wir müssen aber den Finger darauf zeigen, dass die Gerechtigkeit keine Blase sein darf und nicht nur eine Frage des Wohlbefindens ist.

Die Projektstelle Dialog für Generationen ist hier in Berlin. Herr Anreim ist sicher noch ansprechbar und ebenso kommen die lokalen Bündnisse in Betracht. Es sollte keine Energie verschwendet werden, Sozialraumprojekte neu zu erfinden.

*Wortmeldung*

Ich möchte noch mal an meine Vorrednerin anknüpfen. Ich sehe dies ein bisschen anders. Es gibt zwar sehr viele Modellprojekte zum Thema Sozialraumorientierung auf Bundesebene und ich sehe das Problem, dass diese Projekte nicht miteinander verknüpft sind. Ich erwähne nur das Thema Bündnis für Familie, das Thema soziale Stadt im Bereich der Stadtentwicklung, das Thema Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Ich finde hier wären spannende Punkte, zu denen man z.B. Handlungsempfehlungen aussprechen könnte, wie man diese Dinge vor Ort verknüpfen könnte.

*Frau Göller*

Ja vielen Dank. Ich denke, das ist auch einer der Punkte gewesen, die uns dazu gebracht haben zu sagen, wir versuchen unsere Arbeit regional zu verankern.

*Wortmeldung*

Ich möchte das Statement von Herrn Maiwald noch einmal aufgreifen und auch in der Weise unterstützen. Einerseits sehe ich natürlich diese Konkretion und die Handlungsebene auch als ganz zentralen Punkt an, andererseits geht es aber wirklich um politische Überzeugungsarbeit und es geht auch um Vermittlung von Themen. Was da über das Thema Wahlalter gesagt worden ist, ist ja nun auch wirklich wichtig; wie kommen die Rechte der zukünftigen Generation in den Blick, sicherlich auch in dem man sie so thematisiert, also so auch mit moralischem Anspruchsgerechtigkeitsbegründungen vertritt. Andererseits aber auch in dem man sie ökonomisch bilanziert. Von daher gesehen denke ich wäre dies ein Thema, was ich auch für überzeugend halte, weil es überzeugend ist in seiner kargen Zahlenhaftigkeit – dieses Thema Generationenbilanz. Das ist ein Ansatz der bei uns noch nicht verbreitet ist und ich denke, darin könnte auch ein lohnenswertes Arbeitsziel bestehen, diese Ansätze stärker zu unterstützen.

*Wortmeldung*

Ich halte den Ansatz, dass man Visionen und Perspektiven aufzeigen muss für sehr wichtig, damit wir nicht nur in der Betrachtung von Defizit stecken bleiben. Ich will aber auf einen Be-

reich hinweisen, wo es sehr starke Subsysteme in Familie und Generationen gibt: Das sind die inzwischen in der zweiten oder dritten Generation lebenden Sozialhilfeempfänger in manchen Bereichen, die intern generationsübergreifend sehr starke Subsysteme entwickelt haben. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen ist es wichtig, dass wir Modelle aufzeigen, wie dieses positiv angegangen werden kann.

#### *Wortmeldung*

Ich wollte noch einmal an die beiden Damen anknüpfen, also mit dem was schon auf kommunaler Ebene vorhanden ist. In unserer Arbeit ist es so, dass die Familien, die sich in dem Bereich engagieren Fälle sind, also obwohl wir auf Landesebene die Unterstützung vom Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag usw. haben und das alles aktiviert haben, sind – ich sage das bezogen auf Pflege- und Adoptivfamilien und das ganze Umfeld drum rum – für die Bürgermeister auf lokaler also auf kommunaler Ebene einfach Fälle der Jugendbehörde oder Fälle der Jugendhilfe. Das erlebe ich auch in anderen Bereichen. Es ist in den Kommunen kaum bewusst, welches Potential an Familienstrukturen da ist, die auch wirtschaftlich zu nutzen wären, die auch was bringen. Also rennen wir uns wirklich die Hacken ab. Da ist einfach kein Bewusstsein da. Auf Landesebene schon eher. Da gibt es teilweise eine sehr große Unterstützung. Aber überall da, wo wir auf die kommunale Ebene gehen – und wir haben auch bewusst Testbriefe geschrieben an mehrere Bürgermeister – klappt es nicht.

Wir wollten überhaupt nichts von denen. Wir haben einfach nur auf den Wert der Familien hingewiesen, die sich um Kinder kümmern, die ja später möglicherweise Problemfälle ihrer Kommune werden und alle Zwölf, die wir Testweise angeschrieben haben, haben zurück geschrieben, dass ist nicht unser Bereich, dass sind Fälle des Jugendamtes. Also da fehlt auch in vielen Bereichen bei den Kommunen das Bewusstsein, was kann eine Familie leisten.

#### *Frau Göller*

Ja, vielen Dank. Wenn es jetzt direkt keine Wortmeldung mehr gibt, dann möchte ich noch mal auf zwei Dinge hinweisen. Das eine ist, dass es die Intention der bisherigen Steuergruppe war, genau bei den Potentialen anzusetzen – also ein konstruktiver und nicht defizitärer Ansatz.

Es ist aber leider Gottes so, dass wenn man bei den Finanzen anfängt, dass es dann immer zu wenig ist, egal wo man hinguckt. Wir werden deshalb die positiven Ressourcen der Familie in den Focus nehmen. Ich glaube, es ist auch nicht so sehr das Problem, dass wir das Rad neu erfinden müssen, sondern ich persönlich sehe eher das Problem, dass es sehr viele verschiedene Entwürfe gibt. Und zwar so verschieden, dass sie kaum übereinander zu kriegen sind. Es wäre für mich deshalb auch eine Frage, ob wir uns als Bundesforum damit nicht überheben.

Das heißt nicht, dass die Diskussion nicht geführt werden muss. Aber die sollte dann auch in anderen Gremien geführt werden. Dass das zusammengehen muss, ist ganz klar und das wir versuchen müssen da einen roten Faden zu finden ist auch klar. Insofern bedanke ich mich sehr für Ihre zahlreichen Hinweise. Sie sind notiert und ich denke die neue Steuerungsgruppe wird Sie ernst nehmen. Wir werden sie bereden und werden Ihnen in spätestens zwei Jahren die Ergebnisse präsentieren. Wir wünschen uns natürlich, dass Sie aktiv dabeibleiben in diesen zwei Jahren.

## Podiumsdiskussion

PSt. Christel Riemann-Hanewinckel, Prof. Dr. Hans Bertram, Prof. Dr. Andreas Kruse

### Der Generationenpakt: Das soziale Netz der Zukunft

*Norbert Hocke*

*Sprecher der Steuerungsgruppe*

Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen zur Auftaktveranstaltung „Familie und Generationen“ des Bundesforums Familie. Ich darf recht herzlich begrüßen in unserem Kreise Frau Christel Riemann-Hanewinckel, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Recht herzlichen Dank, dass Sie die Zeit gefunden haben mit uns zu diskutieren. Herrn Prof. Hans Bertram, vielen ja in diesem Kreis bekannt, hier jetzt aufgeführt als Vorsitzender der 7. Familienberichtskommission. Und in dem Zusammenhang weise ich noch mal auf die Materiallage hin, gerade frisch erschienen ist die Broschüre „Nachhaltige Familienpolitik“ an der ja Prof. Bertram maßgeblich auch einiges mitgeschrieben hat. Herzlich Willkommen. Und Herr Prof. Andreas Kruse, Vorsitzender der 5. Altenberichtskommission. Ihr Bericht wird hoffentlich bald vorliegen können. Bei allen gilt: die Berichte liegen noch nicht der Öffentlichkeit vor, sondern es sind je erstmal scheinbarweise die Schwerpunkte, die Hinweise zu hören, damit wir uns langsam an die Berichte gewöhnen und sie dann auch entsprechend vertieft lesen können. Recht herzlichen Dank, dass Sie auch die Zeit gefunden haben.

Das Bundesforum Familie leistet sich den Luxus, in einer schnelllebigen, in einer vielleicht auch hektischen Zeit, Zeit und Muße zu nehmen, ein Thema über 2 Jahre zu bearbeiten. Dies hat einerseits den Vorteil, dass jeder was dazu sagen kann, so er es denn will, denn 2 Jahre sind eine Menge Zeit. Andererseits besteht auch die Gefahr, dass wir uns verzetteln und dass wir ein Thema dann so bearbeiten, dass diejenigen, die sich nicht mit diesem Thema beschäftigt haben, nicht mehr wissen, was wir eigentlich aussagen wollen. Damit dies nicht passiert, haben wir uns heute Vormittag auf der Mitgliederversammlung gemeinsam nun auch offiziell für dieses Thema entschieden. Wir wollen „Familie und Generationen“ nicht, wie es zurzeit gerne üblich ist, in der demographischen Diskussion „Jung gegen Alt“ führen oder mit der Frage, wer muss nun in diesem Themenbereich für wen einstehen? Wir wollen dieses Thema weiterfassen, wir wollen die Generationen stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung führen und haben dazu sowohl den Mitgliedern ein Papier zugeschickt, damit man sich schon vorbereiten kann, aber wir wollen jetzt auch von Ihnen, die sich in diesen Berichten auf dieses Thema vorbereitet haben, noch einmal genauer wissen, wo wird es für uns Schwerpunkte zu geben haben? Wo sind für uns in diesem breiten gesellschaftlichen Spektrum vielleicht die Punkte, auf die sich solch eine Gesellschaft verständigen kann, damit es denen, für die wir uns versuchen einzusetzen, auch entsprechende Hilfestellungen und Leistungen gibt, damit sie das Thema des Generationenpaktes in Zukunft lösen können - unter den Bedingungen, dass das soziale Netz ihnen auch die Möglichkeit gibt, dieses so zu leben.

Wir werden daher die erste Runde hauptsächlich hier vom Podium bestreiten und wir werden dann in einer weiteren Runde am Nachmittag, in der Herr Prof. Kruse uns noch weiter hilfreich zur Seite steht, versuchen, das Thema „arbeitsfähig“ zu gestalten. Zunächst einmal werden wir zuhören. Ich möchte Sie bitten, Frau Christel Riemann-Hanewinckel, uns zu der Überschrift des heutigen Nachmittags „Der Generationenpakt - Das soziale Netz der Zukunft“ einige Ausführungen zu geben.

*PSt`in Christel Riemann-Hanewinckel*

Ich bedanke mich ganz herzlich meine Damen und Herren für die Einladung. Ich bin sehr gerne aus meinem Wahlkreis, und das ist Halle an der Saale, 170 km südlich von Berlin, extra hierher gekommen. Und zwar deshalb sehr gerne, weil wir in Halle, eine fast typische Stadt in den östlichen Bundesländern, eine ganze Reihe von den Punkten, die ich jetzt auch ansprechen werde, schon - ja ich sag´s mal - so erfolgreich umgesetzt haben. Die rein abrechenbaren Erfolge kommen dann zwar noch. Aber das was wir in unserer Stadt auf den Weg gebracht haben und dabei sind, auf den Weg zu bringen, widerspricht dann auch diesen Grautönen des sog. Familien-

atlases, der ja verbreitet worden ist von PROGNOSE, wo sich der Osten mehr als stiefkindlich behandelt fühlt.

Ich verstehe, wie die Aussagen zustande gekommen sind, aber da ist aus unserer Sicht genau das zu kurz gekommen, worüber ich jetzt auch an einigen Punkten referieren möchte. Nämlich zu kurz gekommen, dass Familien natürlich Chancen und Möglichkeiten brauchen, auf dem Arbeitsmarkt entsprechende Arbeitsplätze zu finden, dass aber eben genauso gut dazugehört, dass das Umfeld stimmt, dass Familien dort Angebote bekommen, die sie brauchen, um das, was sie alles miteinander meistern wollen, aber auch das, was sie miteinander erfahren wollen, tatsächlich hinzukriegen. Also ich werbe für meine Stadt und das, was Halle an der Saale im Blick auf Familienfähigkeit, Familienfreundlichkeit schon getan hat. Das ist unter anderem mein Hintergrund.

Deshalb möchte ich jetzt von der Generationensolidarität reden. Was macht eigentlich die Generationensolidarität für unsere Gesellschaft aus? Das ist erst einmal so ein pauschaler Satz. Diese Solidarität ist mit einer der tragenden Säulen des Sozialstaates überhaupt. Und diese Solidarität geht weit über den ökonomischen und den institutionalisierenden Generationenvertrag hinaus, also über das, was wir unter „Rente“ kennen, und über das, was wir kennen, wenn es darum geht, dass Schule und Studium für die nächste Generation relativ frei ist, wo ich also keine Finanzen als Einstieg - bisher jedenfalls - mitbringen muss. Und, die Generationensolidarität ist tief verankert oder ist überhaupt das Netz, auf das sich Familien nach wie vor verlassen und auch verlassen können. Damit nehmen Familien Aufgaben wahr, die gesamtgesellschaftlich wirklich von Bedeutung sind. Wenn da vieles nicht mehr so funktionieren würde, wie es funktioniert, würde die Gesellschaft ausgesprochen schlecht dastehen. Und jetzt fange ich nicht mit dem angeblichen Generationenkrieg an, darüber will ich heute eigentlich gar nicht groß reden. Damit wird meistens die Rente oder die nicht mehr vorhandene Rente gemeint. Wenn Sie mit jungen Leuten reden und fragen - Wie ist es denn für euch? - dann sagen die, das ist für uns im Moment überhaupt kein Thema, wir kriegen sowieso keine Rente mehr. Aber der typische Generationenkrieg, der ständig irgendwo herbeigeredet wird, ist jedenfalls für mich, und ich versuche es immer sehr offensiv anzusprechen, in unterschiedlichsten Veranstaltungen, mit Jungen und mit Alten, so überhaupt nicht zu greifen. Dass wir Probleme haben, die wir miteinander klären müssen, ist klar.

Aber jetzt erst noch einmal zu dem, was Familien tatsächlich machen und damit auch ausmachen. Und da beginne ich dem Punkt, dass Familien sich gegenseitig ganz lebensnotwendige emotionale Unterstützung bieten und damit die Bindung von Menschen überhaupt erst ermöglichen. Wir wissen aus dem Alterssurvey, dass keine anderen Kontakte im Laufe des Lebens eines Menschen so stabil sind, wie Familienkontakte, auch wenn wir immer wieder in Zeitungen lesen, wie furchtbar alles ist. Aber das sind Einzelercheinungen, die gibt es immer. Und wir wissen auch, dass 52 % der Menschen zwischen 40 und 85 Jahren täglich Kontakt zu mindestens einem ihrer Kinder haben. Und wenn Sie mal in Ihre ganz persönlichen Familien gucken, werden Sie wahrscheinlich sehr schnell nicken und sagen: Ja klar, dort telefoniert, da getroffen (auch wenn's nur zufällig ist). Also die Kontakte funktionieren. Und all das hat Auswirkungen auf den Alltag, hat Auswirkungen auf die Art und Weise und auf die Fähigkeit, wie ich an meinem Arbeitsplatz agiere. Wenn ich nämlich emotional halbwegs zufrieden bin, hat das auch was damit zu tun, wie fehlerfrei ich arbeiten kann oder wie hoch meine Fehlerquote ist, wie oft oder wie schnell ich erkrankte, oder wie all das abgewehrt werden kann, wenn ich mich halbwegs wohl fühle.

Eine besondere Rolle spielen dabei die Frauen, das ist noch immer so und es wäre für mich eine spannende Frage, ob das tatsächlich so angeboren ist oder kulturell über Jahrhunderte erworben. Besonders die Frauen sind diejenigen, die die Beziehung gestalten, pflegen und unterstützen. Und besonders, da will ich fast sagen eklatant wird das deutlich, wenn es um Alten- und Kinderpflege geht. Nach wie vor sind über 90 % derjenigen, die sich dort engagieren, ob beruflich oder aber privat, Frauen, und zwar die Mütter, die Töchter, die Schwiegertöchter, die Enkelinnen, dann kommt erstmal lange nichts und dann kommen die Männer bzw. die Väter. Das ist ein wichtiger Punkt. Über den lohnt es sich nicht nur zu diskutieren und ihn wahrzunehmen, sondern da ist eben auch die Frage, wie soll/muss/wollen wir in Zukunft hier etwas än-



dern, damit es auch da zu einer Gleichberechtigung der Männer kommt. Männer können dort Erhebliches für sich erfahren und lernen, auf das sie sonst verzichten müssen.

Noch ein Stichwort zu den materiellen Transfers. Die jetzige alte und ältere Generation steht, was die Finanzen angeht, i.d.R. sehr gut da. Es gab noch nie eine Rentnerinnen- und Rentnergeneration, die so abgesichert war, wie die jetzige. Das können die jungen Leute, die jetzt mit der Ausbildung beginnen, nicht unbedingt von sich behaupten. Diese ältere Generation sitzt aber nun nicht auf ihrem Geld und geht knauserig damit um, sondern sie geben sehr wohl ihr Geld in die Familie hinein, an die eigenen Kinder oder aber auch an die Enkelkinder. Und das sind im Jahr - auch eine Zahl aus dem 2. Alterssurvey - sie werden es vielleicht nicht glauben, 32,5 Mrd. Euro, die innerhalb der Familie transferiert werden. Und man hat ausgerechnet, dass das pro Familie so um die 4.000 Euro sind. Das ist eine ganze Menge Geld, mit dem die Alten die Jungen massiv unterstützen, so wie die Jungen auch die Alten massiv unterstützen, indem sie Kontakt pflegen, indem sie bereit stehen, wenn es um Hilfe und anderes geht. Auch wenn die Familien heute nicht mehr an einem Ort kompakt beieinander leben, sondern oft viele Kilometer dazwischen liegen, funktioniert die gegenseitige Solidarität.

Was müssen wir jetzt tun, um die Generationensolidarität auch weiterhin zu halten, wenn nicht gar zu fördern? Herr Prof. Bertram wird das nachher sehr viel genauer tun können, aus einzelnen Punkten, die schon jetzt im Familienbericht zusammengeschrieben sind, insbesondere, was sowohl den Wandel als auch den sozialen Zusammenhalt ausmacht. Was aber für mich noch einmal wichtig ist zum Stichwort demographischer Wandel: Das ist heutzutage so ein Stichwort ist, womit man fast alles auch totschiessen kann, positiv und negativ. Ich finde es ganz wichtig - ich hab das eben schon gesagt - es nicht nur als Rentendebatte zu verstehen und zu debattieren, sondern zu sehen, dass dies ein Wandel ist, eine Veränderung, der alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst bzw. umfassen wird. Ich nenne nur zwei Stichworte: Die Wirtschaft ist davon genau so getroffen wie der Arbeitsmarkt.

Die Wirtschaft, wenn es darum geht, neue Produkte zu entwickeln für die älter gewordenen Generationen, die andere Bedürfnisse, andere Bedingungen haben. Beispiel: Das Auto. Die Wirtschaft ist inzwischen dabei, ein Auto speziell für die Zielgruppe der Frauen zu entwickeln, weil sie erkannt haben, dass Frauen das Eine oder Andere anders haben wollen oder andere Arten und Weise haben, Auto zu fahren. Frauen machen teilweise ganz andere Dinge mit dem Auto als die Männer. Und es ist natürlich die Frage, welche Produkte wird es noch geben, die bisher vorrangig auf die Männer ausgerichtet sind oder vorrangig auf junge Leute? Da wird sich ein erheblicher Wandel ergeben müssen, wenn die Wirtschaft erst einmal so richtig entdeckt hat, dass die Gruppe der ab 50jährigen ein besonderer Markt ist. Bisher hat - glaube ich - nur die Pflegeindustrie begriffen, dass hier was zu holen ist. Also, das muss weitergehen und zwar zum Nutzen aller Seiten, und dazu gehört natürlich auch die Entwicklung von ganz neuen Dienstleistungen, die wir bisher gar nicht so im Blick haben.

Der Wandel betrifft aber auch den Arbeitsmarkt, vor allem auch die Debatte um die Rente ab 67, das kennen Sie. Da werden wir gucken müssen, wie geht das in Zukunft weiter? Wie lang ist eigentlich die Arbeitszeit im Laufe meines Lebens und wie lange die Ausbildungs- und die Rentenzeit? Und auch das wäre dann ein Ausgleich auf anderen Ebenen zwischen Alt und Jung.

Ich hatte Ihnen versprochen, dass ich auf die Rente nicht weiter eingehen werde, dass tue ich jetzt auch nicht, das überblättere ich. Aber ich möchte noch auf einen anderen Punkt kommen, bei dem die Momentaufnahme zum Teil auch nur als erschreckend bezeichnet werden kann. Wenn wir uns bestimmte Entwicklungen bei den verschiedenen Generationen ansehen, müssen wir feststellen, dass wir in den vergangenen - ich behaupte mal - 20 bis 30 Jahren wenig oder schlecht um den Nachwuchs gekümmert haben, und da vor allen Dingen, wenn es um die Bildungspolitik geht. PISA, die OECD-Studie haben bewiesen und gezeigt, wir sind in Deutschland an dieser Stelle überhaupt nicht Spitze. Und im Moment - so mein Eindruck - haben wir immer große Mühe zu kapieren, was wir da vergeben haben und was wir im Moment immer noch vergeben. Ich kann es auch auf zwei relativ simple Sätze bringen: Das Bildungsniveau der Älteren im Lande ist stetig gestiegen und ist sehr hoch, bis hin zu Seniorenuniversitäten. Jetzt

gibt's hier und da Kinder- und Jugenduniversitäten, aber das ist nicht der Ausgleich, das ist noch eine andere Ebene. Ich glaube, diese Stelle macht deutlich, wo Bildung in Zukunft gerade für die Kleinen und Kleinsten hin gehen muss. Wenn wir uns aber das Bildungsniveau der Jüngeren angucken, jetzt nicht nur derer, die im PISA-Test entsprechend abgeschnitten haben, sondern eben auch bei der OECD-Studie, dann wird uns auf den Tisch gepackt, dass Deutschland nicht einmal im Mittelfeld ist, sondern dass wir wirklich sehr schlecht sind. Vor allen Dingen, wenn es darum geht, genau hinzugucken, was die Startchancen der Kinder und Jugendlichen sind. Und da ist Deutschland ein Land geblieben – bisher jedenfalls – wo die sozialen Ausgangsbedingungen der Familien den Kindern ein Leben lang anhängen. Und das kann und darf in Zukunft so nicht bleiben.

Es kommt noch ein anderer Punkt dazu, wenn ich mir die mittlere Generation ansehe: Da stellen wir fest, das wissen wir alle, dass die Familiengründung immer weiter hinausgeschoben wird. Die Frauen und die Männer sind immer älter, wenn sie Mütter oder Väter werden. Und noch eine andere Entwicklung zeigt, dass gerade bei den Paaren, bei denen die Frauen und Männer der so genannten Bildungsschicht angehören, die Kinder noch später kommen und weniger Kinder bis gar keine Kinder da sind, also bei denen, die es sich eigentlich leisten können, bei denen es auch nicht um die Armut geht, sondern um die Frage, wie will ich mein Leben gestalten, wo kriege ich die meiste Anerkennung? Das finde ich schon ausgesprochen nicht nur nachdenkenswert, sondern schwierig, wenn Frauen mittleren Alters schon heute sagen, im Beruf bekomme ich wesentlich mehr Anerkennung, als wenn ich Beruf und Familie versuche, miteinander zu vereinbaren. Und die Zahlen, die im letzten Mikrozensus erhoben worden sind im Blick auf Führungspositionen von Frauen, machen deutlich, dass wir in den vergangenen 15 Jahren überhaupt nichts erreicht haben, sondern dass es so ist, dass Frauen immer dann keine guten Aufstiegschancen haben oder nicht in Führungspositionen vertreten sind, wenn sie Kinderbetreuung zu gewährleisten haben. Bei den Männern sieht es nach wie vor genau umgekehrt aus. Da ist Familie und Kinderbetreuung kein Hindernis, er hat ja schließlich eine Frau dafür. Also hier wird deutlich, bei der mittleren Generation geht es vor allen Dingen um die Geschlechtergerechtigkeit – und das hat dann natürlich auch Auswirkungen auf die junge Generation. In der Ausbildung haben wir die Geschlechtergerechtigkeit inzwischen. Aber sobald es dann um den Berufseintritt geht, ist von Geschlechtergerechtigkeit wenig oder zu wenig zu spüren.

Es gibt noch ein anderes Problem, das eng damit gekoppelt ist: Nach wie vor ist in Deutschland zwar nach dem Grundgesetz festgeschrieben, dass Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen müssen. Aber wir wissen alle, dass es nicht stimmt, wenn es um gleichwertige Arbeit geht. Dann wird noch immer die eingesetzte körperliche Kraft höher bezahlt als Verantwortung. Wenn Sie die Löhne vergleichen von Männern, die in Berufen arbeiten, die richtig handfest sind, und Sekretärinnen oder aber Krankenschwestern, dann wissen wir, dass diese schlicht unterbezahlt sind. Das ist Sache der Tarifparteien. Gleichzeitig muss aber auch das politische Klima und die Gesellschaft insgesamt darauf Einfluss nehmen, dass sich hier etwas ändert.

Nächstes Stichwort: Die ältere Generation, dann habe ich sie alle drei durch. Die lebt jetzt durchschnittlich länger und nicht nur das. Das ist überhaupt nicht zu beklagen. Sie ist auch wesentlich länger fit, vital, gesund, kann Dinge tun, woran früher ein 65jähriger kaum gedacht hat. Gleichzeitig sind sie allerdings mit Eintritt ins Rentenalter als Person gesellschaftlich nicht mehr so anerkannt, und das, was sie an Fähigkeiten einbringen können - in den Arbeitsprozess und in die Gesellschaft - wird eigentlich minderbewertet. Wir lassen uns hier Ressourcen entgehen, die eine Gesellschaft insgesamt notwendig hat.

Was kann nun Familienpolitik vor diesem Hintergrund überhaupt tun? Ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir uns klarmachen, dass die verschiedenen Politiken, die Kinderpolitik, die Jugendpolitik, die Frauenpolitik und die Altenpolitik nicht nur eine Abfolge sind, und das wir sie nicht nur nebeneinander oder nacheinander ansehen dürfen, sondern dass sie ganz eng miteinander verbunden sind. Das habe ich versucht, mit den bisherigen Punkten etwas deutlicher zu machen. Und das heißt dann eben auch, Familienpolitik hat etwas mit Jugendpolitik zu tun. Und

wenn ich mir ansehe, welche Schwierigkeiten wir heutzutage haben, die junge Generation in Ausbildung zu bekommen: An der Ausbildung werden sich wohl alle beteiligen müssen, alle müssen ihren Anteil mit hinein geben, damit der Ausbildungspakt tatsächlich gelingt. Das wäre dann der eine Punkt. Der nächste Punkt: Bei der jüngsten Generation brauchen wir unbedingt eine Bildungs- und Betreuungsinitiative. Das wissen wir inzwischen alles. Ich sage sowieso, wir wissen so vieles, es ist aller, aller höchste Zeit, dass wir unser Wissen endlich umzusetzen. Und gerade, wenn wir an die jüngste Generation denken, ist es gut, dass wir jetzt auf bundespolitischer Ebene das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) durchgesetzt haben. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz für die Jüngsten, also für die unter 3jährigen, soll nicht ein Gesetz sein, das sich vorrangig um die Betreuung kümmert. Das ist nämlich der Bedarf der Eltern. Die brauchen ganz notwendig gesicherte Betreuung für ihre Kleinsten und Kleinen. Aber mit gesicherter Betreuung ist es eben nicht getan. Was wir brauchen ist eine qualitätvolle Betreuung. Und die beinhaltet auch die frühkindliche Bildung.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht, der jetzt schon übergeben worden ist an unser Ministerium und dann an das Parlament im Herbst übergeben wird, macht sehr deutlich, dass Bildung nicht nur etwas ist, was ich jedenfalls noch ganz gut kenne von meiner Schulzeit, auch von der Schulzeit meiner Kinder, wo es darum geht, bergeweise Wissen anzuhäufen. Das lerne ich dann für eine Prüfung und dann ist die Prüfung vorbei und dann bleibt letztendlich nur das hängen, was mich selbst sehr interessiert, womit ich was anfangen kann und dann wird es womöglich schwierig. Das wissen wir aus heutigen Untersuchungen vor allen Dingen im Blick auf Schulkinder. Da sind wir wieder bei PISA, welche Probleme Kinder haben, all die verschiedenen Ebenen von dem, was sie gelernt haben, zusammenzubekommen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Bildung einen emotionalen Aspekt hat, den wir nicht vernachlässigen dürfen, dass Bildung einen kognitiven Aspekt hat, auf den wir bisher zu viel gesetzt haben, dass Bildung eben auch etwas mit sozialem Lernen und sozialen Lernerfolgen zu tun hat und dass es ein sehr unterschiedliches Lernen und auch unterschiedliche Tempi gibt bei den einzelnen Kindern. Also, auch das Subjekt muss eine größere Rolle spielen. Und all das hat damit zu tun, dass wir Chancengerechtigkeit für die Kinder brauchen, unabhängig davon, aus welcher Herkunftsfamilie sie kommen. Denn wir wissen, dass das, was sie gelernt und das, was sie nicht gelernt haben, vor allen Dingen aus den 5. bis 6. Lebensjahren erheblich ist und fast nicht wieder aufzuholen oder zu verbessern ist in den folgenden Jahren ihres Lebens. Wir brauchen also eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte weitere Bildung und Ausbildung der Kindertagesbetreuung. Davon profitiert auch die jetzige Elterngeneration

Ich habe schon kurz darauf hingewiesen, was es vor allen Dingen für das Paar bedeutet, dass Väter und Mütter in gleicher Art und Weise beteiligt sind. Wir müssen auch in die Wirtschaft gehen oder zu den Gewerkschaften mit Blick auf die wirklich gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit. Das gehört unbedingt mit dazu, weil die Frauen hier die Benachteiligten sind. Es gehört aber genauso mit dazu, auch weiterhin zu gucken, was muss familienpolitisch getan werden, welche gesetzlichen Rahmen müssen wie verändert werden. Sie kennen die Elternzeitgesetzgebung. Sie wissen, dass wir zurzeit diskutieren, in Zukunft eine Lohnersatzleistung einzuführen. Da gibt es zum Teil Schelte, die kann von mir aus auch stattfinden. Es ist aber wichtig, auch an dieser Stelle eine Weiterentwicklung für die Familien zu haben. Uns ist vor allen Dingen wichtig, dass Familien ihre Entscheidung treffen können, wie sie tatsächlich ihre Partnerschaft und ihre Elternschaft leben wollen, wie sie die gestalten wollen, und dass Politik dafür einen Rahmen schafft, dass sie tatsächlich eine Wahl haben. Wir wollen keine Familie in die eine oder in die andere Richtung hindrücken, sondern Familien sollen die Möglichkeit haben und müssen sie auch haben, ihre Entscheidung zu treffen. Das bedeutet dann eben auch, dass diese Entscheidung nicht nur einmal im Leben der Familie oder der Partnerschaft getroffen werden kann, sondern dass es auch da Flexibilität geben muss und die muss es dann eben auch geben bei den Unternehmen, bei den Firmen, da wo Menschen, wo Männer und Frauen, arbeiten.

Mein letzter Punkt: Die ältere Generation. Wir wissen inzwischen, dass die nicht nur sehr viel mehr Zeit haben als früher und sehr viel fitter geblieben sind, sondern dass die auch Lust und

Laune haben, sich zu engagieren. Und auch dafür brauchen wir andere Rahmenbedingungen. Wir sind zum Teil ja schon dabei, die voranzubringen - in enger Zusammenarbeit mit der alten oder älteren Generation. Wir haben eine ganze Reihe von Projekten seitens unseres Hauses laufen. Ich nenne jetzt hier nur ein Projekt, das EFI-Projekt „Erfahrungswissen für Initiativen“. Das Projekt hat eine neue Qualität dahin gehend erfahren, dass jetzt in verschiedenen Kommunen die Trainerinnen und Trainer, die ausgebildet worden sind aus der älteren Generation, sich zu so genannten Seniorekompetenzteams zusammengeschlossen haben und ihr Knowhow, ihr Wissen weitergeben z.B. auch in die Lokale Bündnisse für Familie. Diese lokalen Bündnisse sind sowieso in den Kommunen, in denen sie vorhanden sind, die Stelle, wo die unterschiedlichsten Bereiche zusammenkommen, und das, was dort gebündelt wird, wird mit sehr viel mehr Energien für eine Kommune genutzt und ausgenutzt. Da müssen alle Generationen beieinander sein, und diejenigen, die sich hier engagieren wollen von der älteren und alten Generation brauchen die Möglichkeiten. Wir werden dazu – aber darauf gehe ich jetzt nicht ein, denn der absolute Experte sitzt hier – im 5. Altenbericht noch das eine oder andere als Politik zu hören bekommen, wo wir in andere Richtungen hin noch Entscheidungen treffen müssen. Ich bin da sehr neugierig und gespannt darauf, d.h. aber, alles zusammen genommen, dass Familienpolitik Generationenpolitik ist und es kann nicht sein, dass wir nur den Fokus auf die Gruppe setzen, wo Väter und Mütter mit ihren kleinen Kindern beieinander sind, sondern dass Familienpolitik alle Generationen umfassen muss und ich hoffe, dass wir da auf einem guten Weg sind. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Norbert Hocke*

Recht herzlichen Dank, Frau Riemann-Hanewinkel. Ich glaube, es war noch einmal gut, den Begriff der Generationensolidarität ausgehend von den positiven Elementen zu hören, die diese Solidarität eigentlich ausmachen, nämlich den Emotionen, den Bindungen und dem sozialen Netz, auf das sich Familien in dieser Solidarität verlassen können. Dass sie in dieser Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche, der Verschiebung, der Erwartungen an sie doch im positiven Sinne eine Art Rückzug haben. Ich fand es auch gut, dass Sie dann noch einmal versucht haben, die jeweiligen Alterslagen grob zu beschreiben, in einer Form, die eher die Stärken dieser jeweiligen Altersgruppe hervorhebt, um Möglichkeiten der Vernetzung oder des Ansatzes der Unterstützung noch einmal zu beschreiben. Von daher, glaube ich, werden wir jetzt weitere Vertiefungsmöglichkeiten haben.

Einen Bericht haben Sie noch nicht erwähnt, der gerade schon verabschiedet wurde, den Armuts- und Reichtumsbericht. Auch der sagt ja zu genau diesem Thema einiges aus. Ich möchte daher überleiten zu einem Punkt, zum dem wir auch in unserem vorbereitenden Papier einiges formuliert haben: Ob es einen Generationenkonflikt geben könnte, der über den traditionellen Wertekonflikt hinaus auch ein Verteilungskonflikt ist, dass lässt sich noch nicht so beantworten. Darüber müssten wir, glaube ich, auch noch mal genauer reden und genauer die Daten- und Faktenlage hinbekommen. Aber ich glaube, in diesem Wertekonflikt, in dem sich Familien heute befinden und der anders abläuft als in der Zeit der 80er Wertekonflikte, wird sich sehr wohl die Frage der Verteilungskonflikte in irgendeiner Form auf Familien auswirken. Wie sich dies konkret auf das Familienleben, auf den Alltag auswirkt, hoffen wir doch einiges aus dem 7. Familienbericht zu erfahren. Vielleicht können Sie uns schon in dieser Hinsicht einiges andeutungsweise schon einmal verraten. Es bleibt ja auch hier im Raum, bevor dieser Bericht dann veröffentlicht wird. Bitteschön Herr Prof. Bertram.

---

*Prof. Dr. Hans Bertram*

Vielen Dank für die freundlichen Worte. Ich werde aber nichts verraten, weil ich hier als Person sitze und nicht als Vorsitzender einer Gruppe, die gemeinsam diesen Bericht erarbeitet. Ich will zunächst auf zwei Aspekte von Nachhaltigkeit eingehen, die für dieses Thema sehr wichtig sind. Nachhaltige Familienpolitik könnte man definieren als den Versuch der aktiven Generation, das Leben ihrer Kinder so zu gestalten, dass diese Kinder als Erwachsene ihr Leben zumindest wieder so gestalten können, wie die Elterngeneration das konnte.

Außerdem gehört zu dieser Nachhaltigkeit noch ein zweiter Aspekt. Die nachhaltige Familienpolitik hat ebenso zum Ziel, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die jüngere Generation, wenn sie älter geworden ist, bereit ist, für die ältere Generation Fürsorge zu leisten. Dieser Charakter nachhaltiger Familienpolitik, der auf eine nachhaltige Wechselwirkung zwischen der älteren und der jüngeren Generation zielt, unterscheidet die Familienpolitik mit Sicherheit von vielen anderen Politikfeldern, die sich um Nachhaltigkeit bemühen.

Wir sind lange davon ausgegangen, dass die Menschen quasi natürlich Kinder kriegen. Ebenso wird die Fürsorge für eine unerschöpfliche Ressource gehalten, um die man sich praktisch nicht kümmern muss. Deshalb wird nicht darüber nachgedacht, welche Rahmenbedingungen Fürsorge braucht. Ich meine Fürsorge hier nicht im technischen Sinne, sondern wirklich in dem Sinne, dass Beziehungen entstehen, Beziehungen entwickelt werden können, Menschen füreinander da sind.

Angeregt durch die Frage Männer/Frauen, will ich mir da ein kleinen Ausflug in die Biologie erlauben, weil man so etwas sehr schön sehen kann: Aus einer evolutionstheoretischen Perspektive sind die menschlichen Primaten fast die einzige Primatengruppe, bei der die Männer notwendigerweise für die Fürsorge erforderlich sind. Das liegt daran, dass die Kinder unfertig geboren werden. Weil der Kopf zu groß ist, wird das Kind relativ früh geboren, damit es durch das Becken kommt. Nach Meinung meiner Kollegen aus der Evolutionsforschung ist es deshalb zwingend erforderlich, dass Männer an der Fürsorge beteiligt sind. Anderenfalls hätte die menschliche Spezies überhaupt nicht überleben können.

Wenn wir uns heute aber anschauen, wie die männliche Fürsorge in unserer Gesellschaft organisiert ist, sehen wir, dass sie in der Regel auf die ökonomische Unterstützung von Familie und Haushalt beschränkt ist. Man sieht daran, dass Fürsorge zwar in der Natur des Menschen angelegt scheint, aber keinesfalls quasi natürlich in einer Gesellschaft existiert, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen braucht.

Das ist sozusagen die Ausgangsthese, die ich hier jetzt ganz kurz in einigen Aspekten entfalten werde. Der 5. Familienbericht hat bereits sehr schön gezeigt, dass Familien in das Humanvermögen einer Gesellschaft investieren und insofern quasi öffentliche Aufgaben wahrnehmen, weil dieses Humanvermögen die Basis des Humankapitals einer Gesellschaft ist und alle davon auch Nutzen haben. Wenn die Kinder also gut ausgebildet sind und sich beispielsweise gut die Zähne putzen, sinken die Kosten für die Krankenkasse. Es ist völlig klar, dass jeder davon profitiert.

Das gleiche gilt natürlich bei der Fürsorge, die in einer Familie geleistet wird. Wenn in einer Familie Fürsorge geleistet wird und dadurch beispielsweise für eine Gesellschaft keine Kosten entstehen, profitieren auch diejenigen davon, die sich an dieser Fürsorge nicht beteiligt haben. Dieses Familienbild unterscheidet sich sehr scharf von der gegenwärtigen neoliberalen Diskussion um Familie. Familie wird nämlich aus neoliberaler Sicht prinzipiell als eine Konsumgemeinschaft verstanden. Das Kind ist so ein Konsumgut, ähnlich einem Hund. Die Eltern erfreuen sich daran, deshalb schaffen sie sich Kinder an. Sie könnten sich aber ebenso gut einen Hund anschaffen. Aus der Perspektive, die ich hier formuliere wird demgegenüber ganz klar, dass Eltern in ihre Kinder investieren, weil sie ihre eigene Zukunft gestalten wollen. Mit dieser Zukunftsgestaltung gestalten sie auch einen Teil der Zukunft einer Gesellschaft. Eltern investieren in Kinder, weil sie im Grunde genommen auch in ihre eigene Zukunft in Bezug auf ihre eigene Fürsorge investieren. Und jetzt kommt vielleicht etwas ganz Überraschendes, angesichts der zurückgehenden Geburtenraten: Kinder sind unter dieser Perspektive heute für Eltern wichtiger als zu jeder Zeit in der Geschichte und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Durch die sehr viel längere Lebenserwartung bekommt die Frage der Sozialbeziehung im höheren Lebensalter eine ganz andere Bedeutung, als dieses zu Zeiten war, als man vielleicht durchschnittlich 65 oder auch nur 50 Jahre alt wurde; als im Grunde genommen diese Form der Zukunftsinvestition nicht erforderlich war. Wir müssen uns aber auch hier davor hüten zu glauben, dass dieses ein natürlicher Prozess sei. Auch hier sind bestimmte Rahmenbedingungen notwendig.

Ich gebe jetzt einige Beispiele, anhand derer wir möglicherweise bestimmte Fehlentwicklungen beobachten können. Wir gehen in der öffentlichen Diskussion beispielsweise sehr häufig davon

aus, dass die Fürsorge der Generationen füreinander auch dann eine dauernde Fürsorge sein kann, wenn beispielsweise einer der Partner in diesen Generationenbeziehungen – damit sind nicht nur die Ältesten gemeint – relativ krank ist und eine langfristige Fürsorge braucht. Wir unterstellen einfach, dass dies möglich sei. Ich würde sagen, dass das möglicherweise einem Familienverband gerade nicht entspricht, weil man eher davon ausgehen kann, dass familiäre Unterstützung eher so organisiert ist, dass man sie spontan freiwillig geben will und nicht aus dem Gefühl der Pflicht. Eine längerfristige Fürsorge, eine längerfristige Belastung einer Familie bedeutet notwendigerweise aber, dass plötzlich ein sehr großes Pflichtelement entsteht. Wenn wir also über längerfristige Formen sozialer Fürsorge nachdenken, wird klar, dass wir ganz neue Formen der Beziehungen von Familie zu professionellen Unterstützungssystemen brauchen, die einerseits auf der spontanen Fürsorge, die in Familien geleistet wird, bauen und andererseits mit professionellen Systemen verknüpft werden, die das, was auf Dauer gestellt wird, sicherstellen. Wenn wir dieses nicht machen, werden wir möglicherweise dazu beitragen, dass diese Fürsorge verschwindet.

Ich möchte ihnen noch ein positives Beispiel dafür geben, dass eine Gesellschaft Fürsorge auch anders organisieren kann. Ich komme dabei in einem ganz positiven Sinne auf die Rente zu sprechen. Die Rente, die oft so furchtbar beschimpft wird, hat ja in Bezug auf die Familie einen unglaublich positiven Effekt. Die Leute streiten sich nicht mehr um Geld, weil die ökonomische Sicherheit der älteren Generation vom Staat als öffentliche Aufgabe angesehen wird. Ich will an dieser Stelle nicht über die Finanzierung reden. Aber der Vorteil ist natürlich, dass plötzlich mit der nächsten Generation nicht mehr um die eigene Existenz gerungen werden muss. Man kann sich sozusagen mit der nächsten Generation über andere Dinge unterhalten. Ich denke, dass dieses ein sehr interessantes Beispiel ist, wie man möglicherweise bestimmte Probleme auch durchaus konstruktiv lösen kann. In der Rentendebatte sollte jedenfalls häufiger darüber nachgedacht werden, welche positiven Effekte sich aus dem bestehenden System ergeben.

Dritte Hypothese in Bezug auf die Nachhaltigkeit: Kann in einer Gesellschaft, die hoch mobil ist, eine Fürsorge die auf Bindung setzt – denn das ist sozusagen familiäre Fürsorge – überhaupt gewährleistet sein? Ich möchte Ihnen ein schönes Beispiel eines Kollegen bringen, der schon in den 60er Jahren eine Frage aufgeworfen hat, die eine lebhaftige Diskussion ausgelöst hat. Er hatte auf folgendes hingewiesen: Was machen Menschen, wenn sie ein Auto haben am Wochenende? Sie setzen sich in das Auto und besuchen die Oma. Das hört sich jetzt sehr simpel an, aber er hat vier große europäische Städte untersucht – wir haben das repliziert – und es ist tatsächlich so. Ein Teil der Mobilitätsmittel ein Teil der Kommunikationsmittel wird dazu benutzt, einen Teil der räumlichen Mobilität, der in einer Gesellschaft notwendig wird, wieder auszugleichen. Bei aller Mobilität, die in einer Gesellschaft existiert, muss man sich offenbar auch überlegen, inwieweit solche Mittel dazu benutzt werden können, bestimmte Formen der Fürsorge sicherzustellen. Mein Kollege Leopold Rosenmayr hat dazu sehr schön formuliert: Im Grunde genommen funktioniert diese Form von Bindungen dann am besten, wenn die Leute nicht zusammen wohnen. Das nannte er Intimität auf Distanz. Sieht man sich nicht täglich, dann ist es vielleicht ganz gut, wenn man sich wechselseitig unterstützt. Sie sehen, ich habe da eine sehr positive Interpretation. Deswegen habe ich auch den Begriff der multilokalen Mehrgenerationenfamilie geprägt, um deutlich zu machen: Es ist nicht unbedingt notwendig in einem Haushalt zu leben. Die Mobilität einer Gesellschaft muss nicht nur nachteilig sein, weil sie ja durchaus sinnvoll genutzt werden kann.

Sie wollen nun von mir natürlich auch bestimmte Krisenphänomene hören. Das ist ja völlig klar und ich denke, es gibt einige Punkte, die sehr kritisch zu betrachten sind. nämlich das so genannte Kinderlosenproblem in den modernen Gesellschaften. Moderne Gesellschaften stellen sicher, dass niemand im Alter ohne Unterstützung bleibt, dass letztlich auch die ökonomische Existenz dann gesichert ist, wenn man selbst zu seiner Alterssicherung nicht beitragen hat. Es gibt natürlich einen Prozentsatz in einer Gesellschaft, der dieses nutzt. Es ist sicherlich eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen denjenigen, die bereit sind, in gesellschaftliche Aufgaben zu investieren und denjenigen, die nicht investieren.

Wenn ich Ökonom wäre, würde ich Ihnen sagen: Die Rente ist eine Versicherung gegen Kinderlosigkeit. Da ich glücklicherweise kein Ökonom bin, habe ich eine eher zivilgesellschaftliche Antwort. Wir müssen einfach akzeptieren, dass es in einer Gesellschaft, insbesondere wenn sie so ausdifferenziert ist wie unsere, einfach unterschiedliche Lebensentwürfe gibt. Es gibt Lebensentwürfe, in denen die Beziehung zwischen den Generationen eine Rolle spielt und es gibt Lebensentwürfe, in denen sie keine Rolle spielt. Also, um das Beispiel mit der erfolgreichen Berufsform wieder zu nehmen: Engagiere ich mich in einem Beruf und finde das Karriereleben spannend, sind meine Lebensoptionen vielleicht andere als eine Entscheidung für ein Kind. Man muss das in einer Gesellschaft akzeptieren.

Die Frage, die man aber beantworten muss ist: Wie soll in einer Gesellschaft, in der nur ein Teil der Gesellschaft diese Fürsorgebeziehungen aufbauen kann, über die Generationen auch jene auf Dauer in solche Aufgaben einbezogen werden, die aus welchen Gründen auch immer, nicht die natürliche Generationenfolge als Grundlage für die Fürsorgebeziehungen der Generationen nehmen? Wenn wir uns die Geburtenraten anschauen, müssen wir davon ausgehen, dass es ungefähr ein Drittel der Gesellschaft ist, die das nicht tut. Das heißt aber nicht, dass man deswegen dieses Drittel aus diesen Fürsorgebeziehungen ausschließen muss. Hierin liegt eine große gesellschaftspolitische Herausforderung.

Ich komme am Schluss noch mal zu den Männern. Wenn wir uns in der Zeitbudgetstudie die Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen anschauen, sehen wir hier etwas ganz Interessantes: z.B., dass die Fürsorge für die Kinder im Wesentlichen von den Müttern erbracht wird. Und das kann ich jetzt aus dem Familienbericht vielleicht auch schon vorweg sagen: sie machen es in Europa überall. Der Unterschied zwischen schwedischen Männern und deutschen Männern hinsichtlich der Hausarbeit liegt bei 7 Minuten. Gleichzeitig zeigen die Zeitkontingente, dass es bei den älteren Männern über 60 Jahre eine höhere Bereitschaft gibt, für die wiederum ältere Generation etwas zu investieren. Es könnte demnach von entscheidender Bedeutung sein, dass wir Fürsorge auch zeitlich anders organisieren. Wir müssen uns möglicherweise neue Konzepte ausdenken, wie Fürsorge im Lebensverlauf unterschiedlich verteilt werden kann. Dabei muss man akzeptieren, dass Menschen nicht nur unterschiedliche Lebensentwürfe haben, sondern dass sie auch unterschiedliche Vorstellungen haben, wie sie in einer Zivilgesellschaft in solche Fürsorgebeziehungen eingeschlossen werden.

Damit will ich enden und hoffe, nicht viel mehr als 6 Minuten gesprochen zu haben.

*Norbert Hocke*

Recht herzlichen Dank. Es sind eine Menge Punkte angesprochen worden, die uns in der Steuerungsgruppe des Bundesforums noch eines Kopfzerbrechen bescheren werden, die wir dann auch vertieft mit den Mitgliedern des Bundesforums weiter bearbeiten müssen. Eine Frage haben Sie ja schon an Herrn Prof. Kruse gestellt, was ist mit der natürlichen Grundlage, die bei der Fürsorge weitergegeben wird. Eine zweite Frage habe ich noch. Wir haben bisher auch durch die Kinder- und Jugendberichte, durch die Familienberichte, versucht, Gruppen in den Generationen zu differenzieren. Bei den Alten schwebt uns noch immer eher ein homogener Block vor. Diese homogene Gruppe, die wird es so wohl nicht mehr geben und gab es möglicherweise nie. Beispielsweise habe ich gerade vorgestern gelesen, dass 51.000 Studenten im Alter von 60 – 70 an deutschen Universitäten eingeschrieben sind. Dies wird in den nächsten Jahren noch zunehmen und die Frage der Studiengebühren vor völlig neue Probleme stellen. Hier zeigt sich, dass wir mit dem Begriff der Alten, die wir weitgehend für den Fürsorgeblock okkupiert haben, eigentlich nicht mehr auskommen werden und uns Gedanken machen müssen, was dies für den Solidarpakt und für das soziale Netz bedeutet.

Herr Prof. Kruse, Sie haben das Wort.

---

*Prof. Dr. Andreas Kruse*

Vielen Dank! Um diesen Punkt aufzugreifen: Wir gehen als Altenberichtscommission schon davon aus, dass wir heute eine ältere Generation haben, die, wie Sie eben angesprochen haben, sich außerordentlich differenziert darstellt: also beispielsweise bezüglich der sozialen Schich-

tung, bezüglich der materiellen Ressourcen, bezüglich des Gesundheitszustandes, bezüglich der Selbständigkeit. Aber wenn wir den Durchschnittswert nehmen, kommen wir schon zu der These, dass die älteren Menschen heute über ein Maß an materiellen Ressourcen, an gesundheitlichen Ressourcen, an kognitiven, also intellektuellen Ressourcen und sozialen Ressourcen verfügt, dass uns aufgibt, folgende Frage zu stellen, wie wir zu einem Verständnis des Alters gelangen, in dem der Aspekt der mitverantwortlichen Lebensführung ein sehr viel größeres Gewicht besitzt, als es früher noch der Fall gewesen ist.

Ich möchte da an ein Buch erinnern, das meines Erachtens in der Bundesrepublik Deutschland viel zu wenig bekannt geworden ist, nämlich ein Buch von Marion Gräfin Dönhoff aus dem Jahre 2003 mit dem Titel: „Was mir wichtig war“. In diesem Buch steht eine Aussage aus einem Interview, das sie wenige Monate vor ihrem Tod den Herausgebern der „Zeit“ gegeben hat. In diesem Buch gibt sie folgenden sehr interessanten Punkt zu bedenken. Sie sagt: Unsere Gesellschaft kann natürlich nur dann gelingen, wenn alle Generationen in ihr ein mitverantwortliches Leben führen und sie spitzt das dann in der Weise zu, dass sie sagt: Wir werden in Zukunft auch die ältere Generation viel stärker unter dem Aspekt der mitverantwortlichen Lebensführung anzusprechen haben. Sie geht sogar so weit, dass sie sagt: Auf der einen Seite gehe es natürlich schon darum, dass ältere Menschen ihr ideelles Potential, dass sie ihre ideellen Ressourcen, Wissen, Erfahrungen, an nachfolgende Generationen weitergeben, aber zum anderen gehe es auch um die Frage, inwiefern nicht ältere Menschen, die vermögend sind, auch ihr materielles Kapital in einer sozial-verantwortlichen Weise abbauen könnten und nicht nur kapitalisieren. Ein sehr wichtiger Punkt.

Damit ist im Grunde genommen etwas eingefangen, was uns in der Altenberichtscommission sehr beschäftigt, dass wir die ältere Generation in der Tat auch heute als eine darstellen, die über bemerkenswerte Ressourcen verfügt. Über Ressourcen, die es uns in einer ganz anderen Art und Weise als früher möglich machen, darüber nachzudenken, inwiefern ältere Menschen auch sehr viel stärker ein mitverantwortliches Leben führen können. Dazu muss man natürlich sehen, dass wir heute in der Gesellschaft immer noch sehr dazu neigen, entweder nur den Aspekt der Fürsorge gegenüber älteren Menschen zu thematisieren oder das Alter ganz aus einer prononcierten gesellschaftlichen oder politischen Auseinandersetzung heraushalten.

Die Bundesministerin Renate Schmidt hat uns ja dankenswerterweise – wir fanden das sehr bemerkenswert – als Thema des 5. Altenberichts aufgegeben: Potentiale des Alters und zwar mit dem Untertitel: Potentiale des Alters für die Generationenbeziehungen und zwar für Gesellschaft und Wirtschaft oder Wirtschaft und Gesellschaft. Ein weiterer Untertitel ist: Der Beitrag der älteren Menschen zum Zusammenhalt der Generationen – alles in allem ein sehr bemerkenswertes Thema. Hier soll also in der Tat vor allen Dingen der Aspekt der mitverantwortlichen Lebensführung älterer Menschen thematisiert werden.

Ich nenne Ihnen kurz 10 kleine Punkte, die uns als Kommission beschäftigen – zum Teil auch den Andreas Kruse beschäftigen. Also das wurde hier zu 88% oder 89% von der Kommission unterschrieben, bei den restlichen 11% muss ich noch fragen. Der erste Punkte, der für uns völlig eindeutig ist und der zum Teil in den älteren Generationen mal geschluckt werden muss ist: Wir verstehen uns nicht als eine Lobby für ältere Menschen. Wir machen ja sehr viele Anhörungen als Altenberichtscommission. Wir hatten vorgestern eine relativ große Anhörung, zu der ja auch sehr viel ältere Menschen und Seniorenorganisationen und Seniorenverbände kommen und natürlich haben die nicht selten solche Erwartung. Alles was Alten gut tut, wird von denen unterschrieben und alles was in irgendeiner Form Alten nicht gut tut, wird gern skandalisiert.

Nein, wir sind kleine Lobby für Alte und wir verstehen uns auch nicht als ein Bericht nur für alte Menschen, sondern wir verstehen uns als ein Bericht – das ist der erste Punkt – der altersübergreifend diskutiert und vor allen Dingen generationenübergreifend. So sind wir zur Zeit in der Kommission sehr mit der Frage befasst, ob wir nicht im Einführungs- oder im Abschlusskapitel auch den Punkt aufgreifen, wie wichtig nicht nur die Einbeziehung älterer Menschen im Sinne der mitverantwortlichen Lebensführung für das Gelingen der Gesellschaft ist, sondern wie wichtig es auch ist, dass wir familienfreundliche, im Sinne auch von kinderfreundlichen, Strukturen schaffen, damit unsere Gesellschaft Bestand haben kann. Dass das in einem Altenbericht auf-



taucht wird der eine oder andere schon bemerkenswert finden. Wir werden es sicherlich hineintun.

Wir fragen natürlich auch, inwiefern können wir jetzt die Ressourcen älterer Menschen nutzen können, damit die Bundesrepublik Deutschland sehr viel kinderfreundlicher wird als sie es jetzt ist. Denn kinderfreundlich ist unser Land sicherlich nicht in dem Maße, wie das andere Länder sind. Wir finden ja hier auch nicht selten Interessen älterer Menschen, beispielsweise wenn es darum geht, Familien materiell zu unterstützen, die nicht unbedingt der eigenen Generationenfolge angehören. Oder wenn es um die Frage geht: Können wir nicht beispielsweise Beaufsichtigungs- oder Bildungsaufgaben für junge Kinder aus anderen Familien übernehmen. Solche Beispiele sind ja bekannt und unseres Erachtens ist es auch nicht ganz sinnlos über solche Punkte zu sprechen. Entscheidend ist natürlich, dass die Rahmenbedingungen, die infrastrukturellen Rahmenbedingungen gegeben werden, damit eine solche generationenübergreifende Perspektive in Praxis gelingen kann. Ein zweiter Punkt, der uns natürlich in dem Bericht überaus stark beschäftigt, ist jener der Generationensolidarität. Wir verstehen uns auch als ein Bericht, der einen Beitrag zur Nachhaltigkeit bzw. zur Generationensolidarität leisten will und wir definieren das schon sehr ähnlich, wie das eben auch von Herrn Bertram definiert worden ist. Wir sagen, unter Nachhaltigkeit oder Generationensolidarität muss zu verstehen sein, dass die nachfolgenden Generationen keinen Nachteil dadurch erleiden, dass wir gute Bedingungen für ein gutes Leben im Alter schaffen. D.h. uns interessiert bei allen Empfehlungen, die wir abgeben, auch die Frage, inwiefern sind von den Rahmenbedingungen, von den altersfreundlichen Rahmenbedingungen, die wir schaffen, die nachfolgenden Generationen berührt und es muss natürlich sichergestellt sein, dass wir die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen nicht dadurch schmälern oder verschlechtern, dass wir gute Lebensbedingungen für die ältere Generation schaffen. Was sofort bedeutet, dass wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Ist es eigentlich notwendig, dass wir die Grenze der Erwerbstätigkeit notwendigerweise auf 65 festsetzen. Ist es nicht vielmehr notwendig, dass wir eine sehr starke branchenspezifische, individuumspezifische Flexibilisierung in der Weise schaffen, dass wir sagen: Menschen können auch über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten. Hier sehen wir beispielsweise eine Möglichkeit der Modellierung, wenn es darum geht, was tun nun eigentlich Menschen, die keine Kinder haben. Können diese nicht beispielsweise zur Generationensolidarität auch in der Weise beitragen, dass auch sie ihre Arbeit möglicherweise anders über den Lebenslauf verteilen, oder sogar ein anderes Arbeitsvolumen im Lebenslauf verwirklichen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Unter Generationensolidarität verstehen wir natürlich weiterhin auch die ganzen Fragen des zivilgesellschaftlichen Engagements älterer Menschen, wo wir auch sagen, hier bedarf es einer ganz anderen, auch gesellschaftlichen Ansprache älterer Menschen, damit die Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements gestärkt werden. Wenn es um Generationensolidarität geht, beschäftigen uns auch sehr intensiv mit der Frage der Rentenversicherung. Wir sprechen uns in der Kommission, das kann ich an dieser Stelle schon sagen, sehr deutlich für die Aufrechterhaltung einer umlageorientierten also gesetzlichen Rentenversicherung aus. Wir geben auch sehr deutlich zu bedenken, dass es wichtig ist, dass die Rentenversicherung nicht in der Weise degeneriert, dass sie in Zukunft nur noch der Armutsvermeidung dient und damit eben im Sinne einer Bedürftigkeitsprüfung aufzufassen ist. Wir sind in der Tat auch der Meinung, dass die Rente ein ganz zentrales politisches Instrument zur Schaffung von Autonomie älterer Menschen gegenüber der Familie und damit natürlich auch zur Schaffung eines ganz neuen zivilgesellschaftlichen Engagements älterer Menschen. Eine gesetzliche Rentenversicherung gibt den älteren Menschen auch die Sicherheit, in gewisser Hinsicht ihren Lebensstandard weiterführen zu können.

Der dritte Punkt geht jetzt unmittelbar in Fragen der Familie hinein. Wir zeigen an empirischen Daten auf und formulieren das auch sehr eindeutig, dass bezüglich der Pflegeleistungen in der Bundesrepublik Deutschland von den Familien überaus viele Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Im europäischen Vergleich steht Deutschland mit an der Spitze, was die Versorgung chronisch Erkrankter, hilfsbedürftiger und pflegebedürftiger Menschen angeht. Was wir aber jetzt angesichts des demographischen Wandels und auch der tief greifenden Veränderung der

Familienstrukturen hervorheben ist, dass wir in Zukunft nicht mehr davon ausgehen können, dass so viele Ressourcen der Familie für die Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen zur Verfügung gestellt werden können, wie das heute der Fall ist. Wir neigen dazu, zu sagen: Natürlich wissen wir, dass mit der zunehmenden, durchschnittlichen Lebenserwartung, dass mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen gerade in der mittleren Generation, natürlich auch die Pflegebelastung, die auf die Gesellschaft zukommt, steigen wird. Aber wir denken immer, wir könnten im Sinne des Extrapolierens so weitermachen, dass wir sagen: Na gut, dann werden doch entsprechend die Ressourcen, die die Familie für die Versorgung pflegebedürftiger älterer Menschen zu Verfügung stellen wird, steigen. Das wird nicht mehr möglich sein.

Ich darf mir jetzt hier in Klammern eine Aussage erlauben, die zu den 11% gehört, die durch die Kommission nicht unmittelbar gedeckt sind. Ich glaube, als jemand, der sich sehr intensiv mit Fragen des Gesundheitssystems auseinandersetzt, dass die Zukunft der gesetzlichen Pflegeversicherung unsere Gesellschaft in einigen Jahren genauso, wenn nicht sogar noch mehr beschäftigen wird, wie die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung. Zweitens glaube ich – dazu haben wir mittlerweile auch einige ganz gute empirische Daten – dass unsere Gesellschaft viel stärker den Aspekt des Pflegebedarfs verdrängt als den Aspekt der Endlichkeit. D.h., dass sich sehr viele Menschen zwar mit der Frage auseinandersetzen, dass sie sterben müssen und dabei die Phantasie haben, das ginge ganz schnell. Sie setzen sich aber nicht mit dem Faktum auseinandersetzen, dass aus chronischen Erkrankungen ein langwieriger Pflegebedarf werden kann und sie überlegen nicht, wie sie eigentlich leben wollen, wenn sie pflegebedürftig sind. Dass diese Fragen bei uns nicht so stark im gesellschaftlichen Mittelpunkt stehen, hat auch damit zu tun, dass Pflege in der Vergangenheit und heute noch vor allen Dingen von Frauen geleistet wird – Frau Staatssekretärin hat das völlig korrekt angesprochen. Darüber wird in der Öffentlichkeit gar nicht in ausreichendem Maße gesprochen. Dazu möchte ich nur in Klammern sagen, wir haben ein deutlich höheres Maß an physischer und psychischer Belastung bei Frauen im hohen Lebensalter. Es kommt hinzu eine niedrigere materielle Sicherung und eine schlechtere Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln. Wir haben hier eine soziale Ungleichheit im Kontext von Pflege, die meines Erachtens unbedingt thematisiert werden muss, auch wenn es beispielsweise um die Frage von Familie geht.

Sie haben ja hier eine sehr schöne Aussage drin. Familie trägt zur Gesundheit bei. Das ist natürlich an Voraussetzungen gebunden. Also fragen Sie mal die eine oder andere Frau, die die ganzen Familienleistungen bringt oder, wie Herr Bertram eben gesagt hat, wo eben dieses Prinzip Intimität auch Abstand oder innere Nähe bei äußerer Distanz nicht realisiert wird, da ist Familie nicht immer mit Gesundheit verbunden. Also dazu vielleicht noch die Forderung, die wir aufstellen und ganz klar machen, wenn wir über Pflege usw. sprechen: Es muss ein Mix geben, da stimme ich mit Herrn Bertram und Frau Staatssekretärin völlig überein, von Familien und ihren Hilfsleistungen, formellen Diensten – die werden erheblich an Bedeutung gewinnen – und ehrenamtlichem Engagement. Das Familienministerium realisiert ja auch meines Erachtens sehr bemerkenswerte Projekte, bei denen es um die Frage geht: Können wir möglicherweise auch ehrenamtliches Engagement in der Versorgung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen stärken. Was eben gesagt wurde, ist sehr wichtig, dass wir gar nicht so selten bei älteren Menschen auch die Bereitschaft erleben, nachbarschaftliche Hilfeleistungen bei solchen Personen zu erbringen, bei denen eben solcher Hilfe- bzw. Pflegebedarf besteht.

Vierter Punkt: Transfer von Alt und Jung. Zwischen Alt und Jung, da muss hier nicht viel gesagt werden, die Daten schon genannt worden, beispielsweise aus der 2. Welle des Alterssurveys. Diese Transferleistungen von Alt nach Jung sind beträchtlich, materiell, zum Teil auch emotional, das darf nicht unterschätzt werden. Die Transferleistungen von Jung nach Alt sind ebenso beträchtlich, wenn es auch um die instrumentellen bzw. emotionalen Dinge geht. Meine Damen und Herren, was wir allmählich anfangen zu beobachten, es wird noch eine gewisse Zeit dauern bis sich das empirisch gut abbilden lässt, dass die materiellen Ressourcen der älteren Menschen, die heute zumal in höheren Sozialschichten noch durchaus verwendet werden, um ein relativ luxuriöses Leben zu führen, dass die mittlerweile aber doch schon etwas dadurch angekratzt werden, dass die mittlere Generation, die in Arbeitslosigkeit steht, unterstützt werden

muss. Das ist ein Phänomen, das in den nächsten drei bis vier Jahren sicherlich in der Gesellschaft deutlicher und uns noch viel stärker beschäftigen wird.

Fünfter Punkt. Wir stellen natürlich auch fest, dass wir keine familienfreundlichen Arbeits- und Berufsstrukturen haben. Das ist klar. Wir glauben, dass wir es in der Tat in Zukunft mit älteren Belegschaften zu tun haben werden. Die Unternehmen werden sich diese jugendzentrierte Beschäftigungspolitik in Zukunft nicht mehr erlauben können. Wir werden uns vielmehr auf Bildungsmaßnahmen, auf arbeitsfreundliche Beschäftigungsmaßnahmen auch der älteren Belegschaften einzustellen haben. Wir glauben – und jetzt kommt der Punkt, der für Sie eben auch als Gremium, das sich mit Familienfragen beschäftigt, wichtig ist – wir glauben, dass in Zukunft ältere Belegschaften und zwar hoch qualifizierte, ältere Belegschaften auch nur dann gehalten werden können, wenn familienfreundliche Strukturen geschaffen werden auch mit Blick auf die Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Eltern.

Ich möchte Ihnen dazu ein Modell nennen. Ich glaube, dass das nicht so ganz weit hergeholt ist. Wir stellen ja häufig die Frage, inwiefern können Unternehmen dadurch die Attraktivität des Arbeitsplatzes steigern, dass sie beispielsweise Kinderkrippen oder Kindertagesstätten anbieten – was ja bislang auch nur sehr selten oder viel zu selten realisiert wird. Wir stellen die Frage heute schon, die sich in 10 bis 15 Jahren wahrscheinlich mit sehr viel höherer Aktualität stellen wird, inwiefern können wir Arbeitsplätze dadurch attraktiver machen, dass auch die Möglichkeiten einer Tagespflege sichergestellt werden. Ich sage Ihnen das nur, um die Konsequenzen einer sich mit Blick auf die Altersverteilung erheblich wandelnden Gesellschaft.

Sechstens. Wir haben in der Altenberichtscommission ein Problem zu schultern. Das macht uns wirklich Schwierigkeiten. Wir können sagen, dass wir heute eine ältere Generation haben, die im Durchschnitt über materielle Ressourcen verfügt, wie sie noch keine ältere Generation in der Vergangenheit gehabt hat, dass wir heute eine immense Kapital- und Wohlstandsbildung der älteren Generation haben. Das ist Konsens. Wir vergessen dabei nicht die Risikogruppen, wir haben immer noch Armuts-/Risikogruppen, hoch betagte Frauen, allein lebende Frauen, ich nenne mal nur diese als Beispiel. Wir sehen aber heute schon unter dem Stichwort „unterbrochene Erwerbsbiographien“ oder dem Stichwort „konjunkturelle, vor allen Dingen aber strukturelle Arbeitslosigkeit“ ältere Generationen auf uns zukommen, bei denen wir wieder erhebliche materielle Risikolagen haben werden. D.h. wir sagen deutliche voraus – das klingt jetzt sehr euphemistisch – eine deutliche Spreizung der Einkommensgruppen. Man kann das auch etwas härter formulieren: Wir sagen voraus, dass wir ein neues Armutsproblem bekommen werden. Deswegen ist uns auch in dieser Hinsicht eine neoliberale Wirtschaftspolitik etwas – ich sage es mal sehr vorsichtig – suspekt oder noch vorsichtiger nicht affin.

Siebtens: Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht weist gegenüber dem ersten etwas aus, was für uns als Altenberichtscommission einerseits hoch positiv ist, aber andererseits auch wieder kritisch. Positiv: Wir haben das erste Mal in Vergleichszeiträumen, diesmal von 1998 bis 2003 eine Abnahme des Anteils jener älteren Menschen, bei denen – ich würde nicht, wie der Armutsbericht sagt, von Armut sprechen, weil das Armutskriterium ist hier 60% des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens, da ist mir der Begriff Armut noch etwas riskant – in –ich würde mal sagen – materiellen Risikolagen. Wir haben in der Tat einen abnehmenden Anteil älterer Menschen, bei denen materielle Risikolagen bestehen. Das haben wir bislang noch nie gehabt. Aber auf der anderen Seite – und jetzt komme ich wieder auf den Aspekt Kinder – haben wir einen deutlich gestiegenen Anteil von Menschen im ersten Lebensjahrzehnt bzw. von jungen Familien, bei denen materielle Risikolagen bestehen. Beides muss thematisiert werden und wir greifen im Altenbericht beide Punkte auf, um deutlich zu machen, dass die generationenübergreifende Perspektive uns sehr wichtig ist.

Der achte Punkte: Bildung und Arbeit im Lebenslauf, Neuverteilung von Arbeit. Ich darf hier noch mal wiederholen, dass wir sagen: branchenspezifisch differenziert zum Teil auch individuellen Präferenz spezifisch differenziert, auch was die Belastungen der Familie angeht bzgl. nachfolgender Generationen sollte und in der Tat soll viel offener darüber gesprochen werden, ob wir uns so rigide an das Alter 65 halten, wenn es um die Frage des Eintritts in den Ruhe-

stand geht. Wir haben nicht wenige ältere Menschen, die mit 65 sagen, wir können es uns durchaus vorstellen, länger zu arbeiten. Wir gehen übrigens auch als Altenberichtscommission davon aus, dass die Arbeit im Lebenslauf nicht sehr gut verteilt ist, genauso wie die materiellen Ressourcen im Lebenslauf nicht sehr gut verteilt sind. Ich darf Ihnen Folgendes sagen – gehört wieder zu den 11%: Der Punkt 1 ist: Warum haben wir eine senioritätsbezogene Steigerung im Lohn. Ist das unbedingt notwendig? Wir könnten auch ganz anders fragen: Wäre es nicht umgekehrt eine sehr viel bessere Möglichkeit, Familien die Möglichkeit geben sich wirklich ganz bewusst für nachfolgende Generationen zu entscheiden? In den höheren oder zumindest mittleren Lohngruppen haben wir ja zum Teil eine Kapital- und Vermögensbildung, wo also die senioritätsbezogene Finanzierungsleistung nicht unbedingt notwendig ist. Das ist der eine Punkt und der andere Punkt: Kann man nicht über eine sehr viel stärkere Flexibilisierung der Altersgrenze sprechen, um beispielsweise auch die eben von Herrn Bertram dargelegte Tatsache, dass wir auch Familien, bei denen eben keine nachfolgenden Generationen erzogen wurden bzw. aufgewachsen sind, auch etwas stärker in die Pflicht nehmen.

Neunter Punkt: Wir beschäftigen uns intensiv mit Fragen der Migration. Ich bin der Ministerin sehr dankbar – ich habe selber ja schon an vier der fünf Altenberichte mitgeschrieben. Ich bin froh, dass sie gesagt hat, wir wollen jetzt das Thema Migration als ein eigenes Kapitel im Bericht haben und als ein Querschnittsthema. Das finde ich hervorragend. Das haben wir bislang nie realisiert. Wir haben mit Frau Dietzel-Papakyriakou eine hervorragende Kollegin, die sehr schön herausarbeitet, wie sich die verschiedenen Ethnien differenzieren bzgl. ihrer Familienbildung, vor allen Dingen bzgl. der Bereitschaft, dass Familien auch formelle Dienstleistungen annehmen. Ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben Ethnien, wo eine große Reserviertheit gegenüber der Inanspruchnahme von formellen Dienstleistungen besteht. Zum Dritten: Wir werden auch diese Forderungen hineinbringen: Wir müssen im Grunde genommen in allen Generationen fordern, dass die deutsche Sprache wirklich beherrscht wird, das gilt auch in der älteren Generation – und die kompatible Leistungskapazität haben sie – um auf diese Art und Weise Segregationen der Familie nicht nur in die ethnische Kolonie hinein, sondern wirklich ganz in die Familie hinein, das Abbrechen von Sozialbeziehungen, zu vermeiden.

Der zehnte Punkt ist dann nur noch mal die Kurzwiederholung der entscheidenden Aussage: Sie sehen, das mitverantwortliche Leben älterer Menschen spielt im Altenbericht eine sehr große Rolle. Man kann es vielleicht auch mit Hannah Arendt ausdrücken, wir müssen das Alter viel stärker in die Mitte der Gesellschaft holen. D.h. Alter nicht mehr nur als ein privates oder familiäres Phänomen betrachten, so nach dem Motto: Mit 60 trete ich aus dem Erwerbsleben aus und dann mache ich 20 Jahre Ruhestandsurlaub und komme dann mit 80 wieder zurück und gehe in die soziale Pflegeversicherung. Nein, so kann Alter und so kann Gesellschaft nicht gelingen. Das müssen wir auch gesellschaftlich politisch viel stärker in die Mitte hineinholen. Wir glauben, dass die Gerontologie sehr viele gute Erkenntnisse hat, die uns zeigen: Die Alten haben relativ viele Ressourcen und wir glauben, jetzt ist es an der Zeit, die Frage zu stellen: Können wir diese Ressourcen nicht auch gesellschaftlich verantwortlich und gut nutzen?

*Herr Hocke*

Recht herzlichen Dank, Prof. Kruse. Die Ressourcen im Lebenslauf sind nicht gut verteilt. Damit werden wir uns dann zu beschäftigen haben und als zweites übergreifendes Stichwort lieferten sie die mitverantwortliche Lebensführung. Auch hier wird es, glaube ich, noch eine Menge spannender Diskurse geben, wie wir dieses neu justieren können dann. Wir haben den Luxus auf diesem Podium, dass wir die Möglichkeit haben, Nachfragung unter Ihnen drei zuzulassen, weil wir nachher in der großen Gruppe mit Ihnen durchaus noch etwas Zeit verbringen werden. Aber gibt es unter den Diskutanten Nachfragen, wo Sie vielleicht an der einen oder anderen Stelle etwas vertiefen oder hinzufügen wollen?

*Frau Riemann-Hanewinkel*

Ich habe einen Punkt, den würde ich gerne Herrn Prof. Kruse fragen. Was Sie eben dargestellt haben ist mir sehr einleuchtend, wenn es z.B. um das Lohngefüge geht. Ich habe das noch nie verstanden, auch zu DDR-Zeiten schon nicht. Ich war damals Pfarrerin. Unser Gehalt war sehr

viel niedriger, aber man hatte die tolle Aussicht, wenn man mal 10 – 15 Jahre bei dem Laden dabei ist, dann gibt es immer ein bisschen mehr und dann so jenseits der 50 Jahren bekam man noch einen Sonderbonus. Dieses Phänomen gibt es also schon eine Weile.

In dem Moment, wo eine Familie gegründet wird, brauchen die Betroffenen sehr viel mehr Geld. Aber dieser Punkt liegt ja nun in Deutschland auf dem Gebiet der Tarifhoheit, betrifft also die Verantwortung der Tarifpartner. Wir können das natürlich immer wieder und immer wieder anstoßen und vortragen. Aber bis dieser gesellschaftliche Konsens gefunden ist, und den braucht es ja, geht oft viel Zeit ins Land. Das ist dasselbe, wie bei der Forderung „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Es besteht ja immer wieder ein Dilemma. Innerhalb der eigenen Familie sehen das vermutlich alle ein. Haben Sie da eine Idee oder gibt es da Länder, die das vielleicht anders angegangen sind? Mit einem Bundesgesetz scheint mir das nicht machbar.

*Herr Prof. Kruse*

Also ich kann Ihnen Folgendes sagen: Ihr Punkt, den Sie angesprochen haben, wenn man beispielsweise mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern direkt über dieses Thema spricht und deren eigene Familie im Auge hat, finden Sie da einen sehr hohen Konsens. Entscheidend sind natürlich mittlere Lohngruppen. Man muss dazu sagen, wenn Sie in eine untere Lohngruppe gehen, sind zum Teil die Unterschiede gar nicht so massiv. Ein wichtiger Punkt.

Zum Zweiten: Wenn Sie in die unteren Lohngruppen gehen und sich beispielsweise anschauen, was an Investitionen getätigt werden muss, um beispielsweise gesundheitsbezogene Leistungen, die nicht ernstlich indiziert sind, kann man natürlich schon sagen, dass zum Teil wirklich höhere Einkünfte notwendig sind. Aber wenn Sie die mittleren und höheren Einkommensgruppen fragen – und das in Bezug auf Familie – werden Sie da eine gar nicht so geringe Zustimmung zu dieser Veränderung dieses Lebenslaufmusters finden.

Wenn Sie das in der Öffentlichkeit diskutieren, also beispielsweise wenn Sie sich die Tarifpartner anschauen, ist es außerordentlich schwer, das überhaupt infrage zu stellen. Ich weiß das von Baden-Württemberg. Da ist mal diese Frage gestellt worden ist, ob man das nicht auch mal in die Diskussion der Tarifpartnern hinein geben sollte. Da finden Sie sofort eine außerordentlich hohe Zurückhaltung. Weil es eben damit zu tun hat, dass vieles von dem, was ja eben auch schon angesprochen worden ist, in der Gesellschaft vielleicht noch überhaupt nicht in diesem Maße wertbesetzt realisiert ist: Was können wir tun, um eine soziale Sicherung von Familien mit jungen Kindern nachhaltig zu gewährleisten. Das hat einfach damit zu tun, dass Familie bzw. Kinder immer noch als ein Privatglück oder ein Privatvergnügen gesehen werden. Vielleicht werden Familie und Kinder noch als etwas gesehen, in das man investiert, aber nicht in dem Sinne, dass es hier um die Frage der gesellschaftlichen Sicherung geht.

Was wir übrigens auch als Altenberichtskommission betonen: Wenn das so bleibt, werden wir in 80 bis 100 Jahren mit einer Gesellschaft zu rechnen haben, die mit der heutigen nur noch sehr, sehr wenig gemein hat. Szenarien bis 2050 sind natürlich auch in hohem Maße unzuverlässig. Wir machen das Statistische Bundesamt immer wieder darauf aufmerksam, dass alles was beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung angeht, unseres Erachtens nicht sehr realistisch ist und korrigiert werden müsste. Wenn man sogar über 2050 hinausgeht – bei uns in der Kommission macht das vor allen Dingen Herr Volkholz, in sehr guten Szenarien – hat man den Eindruck, die Gesellschaft verändert sich völlig. Das wird in der Öffentlichkeit nicht ausreichend gesehen und die Tarifpartner ziehen sich aus der Verantwortung zurück, indem sie sagen, dass Familie etwas ganz Privates sei.

Das sehen sie dann, wenn wir über die Fragen familienfreundliche Arbeitsstrukturen sprechen. Das sehen sie aber genauso dann, wenn sie über die Frage des Alters sprechen. Das wird alles im Sinne des Hochprivaten oder Familiären interpretiert. Solange das der Fall ist, wird es schwer sein, eine gewisse Auflockerung bei den Tarifpartnern zu bewirken.

*Herr Hocke*

Da muss ich jetzt ganz kurz aus meiner Rolle als Moderator heraustreten: Wir sind da ja schon einen Schritt weiter. Der neue Tarifvertrag im öffentlichen Dienst sieht genau diese Elemente vor. Wir sind weggekommen von der alle zwei Jahre ansteigenden Zulage. Genau hier wird der Tarifvertrag verändert. Wir steigen höher ein, zerrn dann und geben dann am Ende noch einmal einen Zuschlag.

*Herr Prof. Kruse*  
Das ist die Sünde!

*Herr Hocke*

Das ist jetzt die Frage, ob das eine Sünde ist. Nehmen wir die jetzige Generation in 10, 15 Jahren genau wieder diese Generation, beispielsweise eine Erzieherin, die 25 Jahre in ihrer Kita arbeitet mit 30 Stunden, bei einem freien Träger. Davon sitzen ja einige hier in der Runde. Die wird eben, wenn sie am Ende nicht noch mal eine gewisse Steigerung hat, wenn sie allein erziehend ist, für ihr Kind wenig Mittel haben.

Wir haben zudem die Schwierigkeit, dass wir in den Ländern ja erfahren, dass die Neueingestellten im öffentlichen Dienst besonders abgesenkt werden. Dies ist ohne unser Zutun. Wir sind dagegen und sagen, das muss verändert werden. Wir werden und haben herausgenommen die klassischen Zuschläge, die es sonst immer gab, also die Familienzuschläge. Der Bund hat unterschrieben; die Kommunen haben unterschrieben. Wir hoffen nun, dass auch die Länder mitmachen, damit genau dieser erste Schritt verändert werden kann.

*Herr Prof. Bertram*

Ich wollte noch mal zu den Fragen, der Einkommen etwas sagen. Für junge Leute ist ja nicht nur das Einkommen wichtig, sondern zur Familiengründung ist es auch wichtig, dass ich eine zumindest übersehbare kurzfristige Sicherheit meiner Lebensperspektive habe. Wenn man sich das anschaut, kann man doch sagen, dass sich diese Perspektive für die jungen Leute von Generation zu Generation verschlechtert hat. Nach dem letzten Mikrozensus haben mehr als ein Drittel der Leute unter 30 nur Zeitarbeitsverträge. Das ist dramatisch angestiegen.

Eine junge Frau braucht zur ersten festen Stelle heute ungefähr fünf Berufswechsel. Die Müttergeneration lag da, glaube ich, bei zwei Wechseln. D.h. wir haben eine Tendenz, die Unsicherheit der Lebensführung immer mehr in das jüngere Lebensalter zu verschieben. Und jetzt sage ich doch etwas in Bezug auf den öffentlichen Dienst. Der Vorreiter in dieser Tendenz ist der öffentliche Dienst. Sie kriegen heute kaum noch im öffentlichen Dienst irgendwo eine Stelle mit einer längerfristigen Perspektive. Das muss man ganz klar sehen. Das zweite, was man aber auch sehen muss hinsichtlich dieser Fragen der Lebensarbeitszeit ist Folgendes: Wir vergessen natürlich auch, dass bei der heutigen älteren Generation sichere Lebensarbeitszeit eigentlich auch nicht vorhanden ist. Wir neigen dazu den öffentlichen Dienst als Maß der Dinge auf diese arme Gesellschaft überzustülpen und zu denken, dass sei die Gesellschaft, weil wir möglicherweise alle in diesem Bereich tätig sind.

Es gibt eine schöne Untersuchung vom IAT. Dort wurde der Berufsverlauf 70jährige Gewerkschaftsleute untersucht. Es zeigte sich, dass sie eine erstaunlich hohe Zahl von Berufswechseln hinter sich hatten, weil es natürlich auch in den 50er, 60er und 70er Jahren jede Menge Unsicherheit gab.

Ein zweiter Mechanismus, den man nicht vergessen darf: Solange sie jung waren, waren sie kräftig, haben sie viel verdient. Irgendwann konnte man eben nicht mehr als Umwälzer im Stahlwerk arbeiten und es ging bergab. Man muss also ganz klar sehen, dass es dieses Muster auch gegeben hat. Daraus würde ich folgenden Schluss formulieren: Es ist nicht ganz richtig – da würde ich Herr Kruse widersprechen – die Tarifparteien haben immer familienbezogene Politik betrieben. Ich erinnere da an die SPD, die Anfang des 20. Jahrhunderts alles daran gesetzt hat, die Frauenerwerbstätigkeit zu minimieren, um den Preis der Arbeit für die Männer steigern. Das war ja ursprünglich mal ein Familienlohn. In den 50er Jahren gab es dann von der Gewerkschaft die Kampagne „Samstags gehört Papi mir“. Also es hat durchaus solche Tendenzen gegeben.

Das Kernproblem in der heutigen Gesellschaft ist aus meiner Sicht: Wir betrachten, wenn wir über solche ökonomischen Zusammenhänge reden, in der Regel nicht die Familie, sondern wird betrachtet immer das Individuum. Wir betrachten also nicht, beispielsweise die Zeitbelastung für Paare, sondern sehen diese nur als Belastung des Einzelnen. Deutschland ist, wenn man sich Paare anguckt, mit Amerika das Land, in dem die Arbeit, was Zeit angeht, am ungleichsten verteilt ist. In keinem Land der Erde – jedenfalls bei den untersuchten OECD-

Ländern – außer den USA, gibt es so viele Paare, die zusammengerechnet mehr als 80 Stunden arbeiten. D.h. die Möglichkeit andere Dinge zu tun, ist jedenfalls für bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft besonders schwer. Ich denke das da auch eine Aufgabe der Verbände liegt, eine Aufgabe der Tarifparteien liegt, sich zu überlegen, wie Arbeitszeit besser verteilt werden kann. Und deswegen möchte ich den Gedanken von Herr Kruse in einem Punkt, der die Zeit von Arbeit angeht. Herr Kruse hat ja sehr zu recht gesagt: Wir müssen neue Zeitmodelle finden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an Holland, das ja in Bezug auf die Frage der Teilzeit sehr viel weiter gekommen ist, als wir, weil sie im Grunde genommen einen Teil der sozialen Leistungen nicht mehr an die Berufsrolle, sondern an die Staatsbürgerrolle koppelt. In diesem Augenblick wird plötzlich die Verfügbarkeit von Zeit eine andere, als wenn alle sozialen Leistungen nur an die Berufsrolle gekoppelt sind.

Man könnte sich natürlich auch vorstellen, wenn man das weiter dächte, dass man beispielsweise statt der Rente, Gutscheine im Lebensverlauf bekommt, dass man zwischendurch aufhören darf, dafür aber länger arbeitet. Das wäre ja zum Beispiel denkbar. D.h. wir müssen uns möglicherweise auch in eine Richtung entwickeln, in der wir bestimmte soziale Leistungen in der Gesellschaft nicht erst in Form einer Rente am Ende des Lebens belohnen. Es ist also zu überlegen, wie wir im Lebensverlauf beispielsweise unterschiedliche Zeiten für gesellschaftlich notwendige Aufgaben schaffen.

Das gilt natürlich auch für das Bildungssystem. Das Bildungssystem ist ja in diesem Punkt eine Katastrophe, weil wir davon ausgehen: Nur junge Leute können lernen. Das ist ja sozusagen unsere Ideologie. Statt zu überlegen – und da kann natürlich auch der öffentliche Dienst wieder viel machen, denn da hat der Staat das Monopol – wie kann ich eigentlich auch Ausbildung organisieren, dass sie sich auch noch mit 50 lohnt. Das ist, glaube ich, eine der großen Herausforderungen. Andere Lebensverläufe kann man sich z.B. bei der Erzieherin vorstellen. Man geht auf eine Fachschule als Erzieherin, arbeite 5 Jahre als Erzieherin wenn man dann denkt, man kann eigentlich mehr, dürfte man beispielsweise einen BA machen – einige Bundesländer fangen das ja an – kann dann anschließend 10 Jahre Lehrerin sein und mache dann wieder drei Jahre Ausbildung, gehe ans Gymnasium, mache dann 10 im Gymnasium und mache wieder eine Ausbildung und werde dann Professor oder Professorin.

D.h., solange wir die Struktur der Lebensverläufe nicht umorganisieren, sind viele Dinge, die wir hier diskutieren, schlicht und einfach eingepresst in ein Korsett, aus dem wir nicht rauskommen. Das, denke ich, ist schon Aufgabe der Politik, weil es eine wirklich originär politische Aufgabe ist, zu überlegen, wie wir diese soziale Organisation der Lebensverläufe so organisieren können, dass die verschiedenen Lebensphasen – jetzt komme ich wieder zu meinem Modell der Fürsorge zurück – so organisiert sind, dass die unterschiedlichen Fürsorgemöglichkeiten, die innerhalb einer Familie geleistet werden, auch eingebettet werden können in einen vielfältigen Lebensverlauf, der nicht zur Benachteiligung der einen Hälfte der Gesellschaft beiträgt und dann dazu führt, dass das höhere Drittel des Lebensalters eigentlich als unproduktiv interpretiert wird. Aber das ist, glaube ich, eine Aufgabe, die der Staat bisher noch nicht wirklich angegangen ist.

*Herr Prof. Kruse*

Ich möchte nicht viel dazu sagen. Es ist ein Modell, das mir persönlich sehr gut gefällt, eines das wir zum Teil auch in der Gerontologie fordern, wenn es um die Frage geht: Wie können wir Bildung, freie Zeit und Arbeitszeit neu verteilen? Mir gefällt ein solches Modell sehr gut. Beispielsweise auch der Punkt, die Sozialzeit viel stärker in den Lebensverlauf einzubauen. Ich kann mich auch an schöne Publikationen beispielsweise aus dem Bereich der Bildungsforschung und Gerontologie erinnern, in denen gesagt wird: Wir müssen das unbedingt in Deutschland realisieren. Wenn ich mir nur auf der anderen Seite anschauen, was unsere Unternehmen und Betriebe heute mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anfangen – das ist auch etwas, was wir in dem Bericht etwas skandalisieren.

Schauen wir uns an: 39% der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland stehen noch im Erwerbsleben. Viel dramatischer ist es, wenn wir uns die Frauen anschauen. Da sind es nur noch 15%. D.h., wenn wir bei den Unternehmen und mittelständischen Betrieben immer noch diese hoch rigide Einstellung gegenüber Alter haben, nach dem Motto: Ältere darfst du einfach nicht ein-

stellen; erstens sind sie zu teuer, zweitens sind sie nicht mehr bildungsfähig, drittens sind sie nicht leistungsfähig und viertens sind sie nicht belastungsfähig. Viele Stereotypen, die ja auch durch Forschung sehr gut widerlegt sind.

Wir sagen übrigens auch, viele Unternehmen schaffen sich nicht selten ältere Arbeitnehmer, die möglicherweise wirklich rigide sind, weil sie einfach vergessen, die Fort- und Weiterbildung einzubauen. Solche Bildungsphasen einzubauen, das ist wahnsinnig schwer zu realisieren, solange wir dieses starre Korsett haben. Ich stimme Ihnen sonst da mit großer Emphase zu, weil ich glaube, wenn wir den Aspekt von Bildungszeit, den Aspekt von Sozialzeit, anders im Lebenslauf verorten würde, bekämen wir erstens ein viel interessanteres Alter, viel interessanter, wegen der viel stärkeren Mitverantwortung und weil sich ein Teil der Erwerbszeit bis in das Alter hinein verschieben würde. Zum Zweiten hätten wir natürlich auch deutlich engagiertere, interessantere und gebildete Menschen. Aber wenn ich mir die Strukturen anschau – die wirklich altersfeindlich sind – wird es wahnsinnig schwer, das in Deutschland zu realisieren. Wir sind da wirklich hinterwäldlerisch.

*Herr Hocke*

Unsere Bildungszeit ist abgelaufen. Wir machen eine kurze Pause. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen, dass wir nicht mit den klassischen Worten der Demographie und des Generationenvertrages versucht haben, dieses Thema aufzuarbeiten, sondern dass wir Anregungen bekommen haben, uns in den nächsten zwei Jahren Wege zu überlegen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit für Familien führen, Wege, wie Solidarität leb- und erlebbar wird und wie der Diskurs zwischen den Generationen gestaltet werden kann. Dies wird eine schwierige Aufgabe sein. Ich danke, dass Sie uns die entsprechenden Anregungen gegeben haben.

Jetzt haben sie fünf Minuten Pause und dann wird Frau Fischer-Köhler die nächste Runde moderieren. Dankeschön!



## Fachgespräch

### Familie und Generationen - was die Mitglieder des Bundesforums erreichen wollen

*Frau Fischer Köhler*

Ziel ist jetzt, dass wir mit Ihnen zusammen unseren gemeinsamen Auftrag ernst nehmen und schauen, welche Haupthandlungsebenen und Hauptstränge wir in den nächsten zwei Jahren bearbeiten wollen. Wir haben das Glück, Herrn Prof. Kruse noch bei uns zu haben. Er könnte natürlich jetzt sagen: Ich habe Ihnen bereits 10 Punkte genannt, jetzt arbeiten Sie die einmal alle schön ab in den nächsten 2 Jahren

*Herr Prof. Kruse*

Zumindest 8.

*Frau Fischer Köhler*

Wir hatten uns ja schon darauf geeinigt, dass wir 3 bis 4 Hauptanliegen heute gemeinsam festlegen, ganz grobe Linien, damit wir uns bei diesem umfangreichen Thema nicht verzetteln. Von daher müssen wir jetzt nicht 10, 8 oder 11 Punkte abarbeiten, sondern 3 bis 4 Hauptanliegen. Ich möchte Sie bitten, Herr Prof. Kruse, uns vielleicht aus Ihrer Sicht noch einmal aus diesen 10 Punkten, die wichtigsten Hauptanliegen zu nennen, die für uns mit dem Fokus Familien in all ihren Lebenslagen und Lebensphasen und den verschiedenen Generationen von Bedeutung sind, damit wir dann abgleichen können, welche Vorstellungen Sie als Mitglieder haben.

Bevor wir anfangen zu arbeiten, hätte ich ganz gerne noch mal eine Definition, damit es auch jedem klar ist, worüber wir sprechen. Wenn wir beispielsweise über „Generationensolidarität“ reden wollen, dann wäre es gut, zunächst eine Aussage zu formulieren, was wir damit meinen. Meinen wir alle das Gleiche, wenn wir über Familie sprechen? Was heißt Familie? Meinen wir da alle das Gleiche oder meint der eine Teil das klassische Verhältnis Vater-Mutter-Kind und der andere hat eine ganz andere Vorstellung im Kopf? Es wäre mir wichtig, das zu klären. Gleiches gilt für die „Verantwortung der Generationen“. Was wollen wir mit dieser Aussage? Was meinen wir damit? Es geht mir also um klare Voraussetzungen für eine Diskussion und für die Zusammenarbeit.

Vielleicht bekommen wir durch die Anregung von Herrn Prof. Kruse noch zusätzliche Handlungsstränge, über die Aspekte hinaus, die wir heute Morgen schon gesammelt haben und die wir uns zunächst für die Steuerungsgruppe und dann für uns alle merken müssten.

*Herr Prof. Kruse*

Ich hätte drei Punkte, die mir wichtig wären. Vielleicht geht das auch sehr stark in den Bereich der Definitionen. Für mich ist der Aspekt Generationensolidarität ein sehr sehr wichtiger. Und zwar um darzustellen oder zu überlegen: a) Wie sich – also jetzt mal klassisch – junge, mittlere und alte Generationen gegenseitig wahrnehmen? Das halte ich für sehr bedeutsam. Wir können Ihnen da als Institut auch gern Daten zur Verfügung stellen. Wir haben Untersuchungen zu den Altersbildern in verschiedenen Generationen, beispielsweise, um den Stereotypen vielleicht noch etwas zu begegnen. Es wird oft von großen Generationenkonflikten und Entfremdungsphänomenen usw. geredet. Da ist es – glaube ich – ganz wichtig, dass man dem auch immer etwas entgegenhält. Wobei natürlich der Aspekt Generationensolidarität erst einmal von der Definition her ein sehr formaler ist, d.h. ja jung/mittel/alt.

Wir haben natürlich auch bei den älteren Generationen vielleicht sogar schon zwei Generationen. Also es gibt ja so eine Generationendefinition, die besagt: Generation – oder Kohorte nennt man das auch gerne – dass sind Menschen, die unter ähnlichen gesellschaftlichen, historischen Bedingungen aufgewachsen sind, beispielsweise in einem Lebensjahrzehnt oder in 15 Jahren – also unter ganz ähnlichen Bedingungen aufgewachsen sind – und deshalb vor dem Hintergrund der kulturellen, der sozialen und der politischen Lebensbedingungen ganz ähnliche

Entwicklungschancen gehabt haben. Es gibt solche Definitionen, beispielsweise in der Soziologie. Man kann also schon sagen, dass wir vielleicht im Alter schon zwei Generationen haben.

Zur Frage der Generationensolidarität:

1. Wie nehmen sich die Generationen gegenseitig wahr?
2. Was tun sie füreinander? Wobei es mir auch außerordentlich wichtig ist darzustellen, dass nicht nur die Alten für Junge viel machen, sondern auch die Jungen für die Alten. Dass wir da die Jungen nicht vergessen, denn es gibt eine schöne Solidarität der Jungen gegenüber den Alten, die wir keinesfalls vernachlässigen dürfen.

Das 2. Thema, das meines Erachtens außerordentlich bedeutsam ist: Was können wir tun, um eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen? Dabei geht es erstens um die jungen Menschen und im weiteren um die alten Menschen. Eine familienfreundliche Arbeitswelt, in der Familie und Beruf miteinander vereinbar sind, das ist meines Erachtens nicht nur für die Perspektive Kindererziehung wichtig, sondern natürlich auch für die Perspektive: Wie können wir ältere Menschen besser versorgen? Das wäre aus meiner Sicht der zweite wichtige Punkt.

Der Dritte Punkt: Wenn Sie das schaffen, wäre mir auch der Aspekt der Migration sehr wichtig, denn wir sprechen noch sehr wenig über Familienstrukturen bei Migrantinnen und Migranten. Wenn wir aber über Migrantinnen und Migranten sprechen, haben wir vor allen Dingen die türkischen Migrantinnen und Migranten im Auge, nicht aber griechische, spanische oder italienische - um nur mal einige zu nennen. Die Struktur von Migrantenfamilien müssen etwas genauer betrachtet werden und Familien dafür gewonnen werden, sich Freiheitsräume zu ermöglichen. D.h. nicht, dass beispielsweise die mittlere oder die junge Generation ganz darin aufgeht, die ältere Generation zu versorgen, nur weil die ältere Generation formelle Dienstleistungen nicht in Anspruch nimmt. Das wäre meines Erachtens auch ein sehr interessantes 3. Thema. Deutschland ist ein sehr migrationsfreundliches, migrationsreiches Land. Ich halte dieses Thema für überaus bedeutsam.

Abschließens noch ein Querschnittsthema, das für meine Begriffe auch sehr bedeutsam ist: Was kann man tun, dass die klassische Rollenverteilung Mann/Frau etwas durchbrochen wird? Ich kann Ihnen dazu sagen: ich selbst bin schon Großvater und bin auch in irgendeiner Form in die Erziehung der Enkelkinder miteingebunden, und meine Frau sagt immer, das tun wir sozusagen auch als ein Präventionsprogramm, damit du auch im Alter schön selbständig bist bzw. bleibst. Das nur um die Bilder etwas zu verändern: Können sich Männer nicht auch in einer ganz anderen Art und Weise an der Familie beteiligen, als es heute noch der Fall ist? Ich würde das auch für ein interessantes Thema halten.

*Frau Dr. Neubauer*

Ich möchte noch einmal zurückführen zur Podiumsdiskussion, die wir vorhin hatten. Ich fand sie sehr spannend, vor allem die Fragestellung, die am Schluss angerissen wurde. Eine Neuverteilung oder Umverteilung von Zeit im Leben eines Menschen, von Arbeitszeit, von Bildung im Leben. Ich möchte diesen Punkt verstärken, da das genau die gleiche Diskussion ist unter Seniorinnen und Senioren und Seniorenverbänden. Auch von dort wird nachgedacht: Müsste man das nicht alles im Grunde genommen aufmischen, wie wir es gewohnt sind, wie es unsere Gewerkschaften und alle gewohnt sind? - immer im praktisch gleichen Tritt. Muss man nicht in verschiedenen Lebensbereichen den Tritt ändern? Das können ja nur die Generationen miteinander. Ich muss sagen, dass war für mich auch ein Hauptanliegen, mich hier für die Steuerungsgruppe zu melden, weil ich darin eine große Chance sehe.

Sie haben als 2. Punkt in Ihrem Arbeitspapier geschrieben, eine „Allianz zwischen den Generationen“ zu bilden. Diese Chance haben wir jetzt und die sollten wir in die Hand nehmen und etwas daraus machen. Ich habe z.B. bereits eine große Tagung vor mir gesehen, bei der solche Punkte angesprochen werden wie Arbeitszeit und familienfreundliche Arbeitswelt. Das wären ja Teilaspekte davon, bei dem es Überschneidungen gäbe. Also Arbeitszeit, Lebenszeit usw., und dann immer jemand von den Jungen, von den Mittelalten und den Alten dazu, um dann ge-

meinsam zu praktikablen Aussage zu gelangen. Ich denke, da könnte man vielleicht einen Anstoß geben, um etwas zu verändern. Das wäre das eine.

Das Andere: Hier könnte man auch einige Aspekte, die Herr Kruse genannt hat einordnen Ein neues Verhältnis zwischen den Generationen würde ich es nennen. Dazu gehört auch ein neues Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Ich möchte das Thema einfach ein bisschen erweitern, nicht nur bezogen auf das Geschlechterverhältnis, sondern auch auf das Verhältnis zwischen den Generationen. Wir haben relativ alte junge Eltern. Wir haben viele gemischte Familien, in denen auch die Generationen gemischt sind, Zweit- und Drittheiraten, usw. Ich meine, hier ergibt sich ein neues Verhältnis zwischen den Generationen, das so noch nie da war. Sie haben eben auch vom Großelternsein gesprochen. Auch das ist nicht mehr wie früher. An die Großeltern werden andere Anforderungen gestellt. Viele Großeltern sagen: Es kann doch keiner erwarten, dass ich jetzt die ganze Zeit für die Kinder da bin. Aber wenn es ein Notfall ist, sind die Großeltern da. Ich meine, auch dieses Verhältnis muss man neu überdenken. Wo gibt es da neue Möglichkeiten? Ich fände, zusammen mit dem Thema „Geschlechterverhältnis“ könnte man daraus ein schönes großes Paket machen.

#### *Frau Fischer-Köhler*

Frau Neubauer, dürften wir diesen 2. Aspekt vielleicht unter dem Aspekt von Herrn Kruse „Mitverantwortliche Lebensführung“ aufschreiben? O.K. Ich finde, da sind ganz viele Blickwinkel in einem schönen Oberbegriff gebündelt.

#### *Frau Prof. Notz*

Ich möchte bei der mitverantwortlichen Lebensführung einsetzen. Mitverantwortliche Lebensführung finde ich wichtig, weil ich denke, wir haben die Älteren selbst viel zu wenig gefragt, wie sie eigentlich leben wollen. Eine solche Entscheidung ist natürlich auch durchaus problematisch, bei denjenigen mit wirklich schlechten Ressourcen, wenn es darum geht, auswählen zu können: will ich alleine leben oder mit Unterstützung? Kann ich noch ohne Unterstützung leben? Werde ich vielleicht aber fürsorglich betreut, obwohl ich es gar nicht brauche? Gehe ich ins Altenheim, oder will ich da nicht hin.

Ich habe selbst verschiedene Interviews gemacht. Das ist nach wie vor ein Schreckgespenst. Die meisten werden zu Hause gepflegt, obwohl eine Untersuchung ergeben hat, dass nur 1% der Alten anstreben, von ihren eigenen Kindern gepflegt zu werden. Tatsächlich werden aber 90 % von den Angehörigen gepflegt.

Ich denke, wir müssen uns diese strukturellen Bedingungen ganz genau anschauen und auch Strukturen schaffen, die es der älteren Bevölkerung ermöglichen, neue Vorstellungen zu entwickeln. Denn wir kennen alle das berühmte Experiment: Wir lassen Kinder ihren Wunschspielplatz bauen oder zeichnen. Und der sieht genau aus wie der um die Ecke. Also: man braucht Ermöglichungsstrukturen, um Veränderungen überhaupt zu entwickeln. Daran – denke ich – müsste gearbeitet werden.

Ich sitze im Beirat des von Frau Riemann-Hanewinkel zitierten EFI-Projekts. Wir haben dort festgestellt, dass vielen älteren Menschen – das sind total fitte ältere Menschen – andere Dinge Spaß machen als Pflege. Viele Frauen sagen sich, ich habe schon genug gepflegt in meinem Leben. Das ist nicht das, was sie als Ehrenamt anstreben. Sie wollen z.B. etwas Kulturelles machen. Und es wird auch dieses Erfahrungspotential meines Wissens zu kurz diskutiert. Denn da ist auch ein Potential, was Ansprüche an den Sozialstaat stellt, was große Erfahrungen hat, was immer wieder betont: wir wollen keine bezahlten Arbeitsplätze.

Altenpflege ist ja eigentlich ein Ausbildungsberuf. Das vergessen wir. Auch darüber könnte man nachdenken, wie man hier zum Beispiel bessere Strukturen schafft, bessere Arbeitsplätze und bessere Betreuungsplätze. Das ist auch ein Generationsproblem. Ja, und sie werden auch Ansprüche stellen und ich denke, wenn wir Räume für diese Älteren und dieses Erfahrungswissen geben, und das ist ja Sinn dieses Projekts, diese Räume zu schaffen, und es auch zu lenken und sichtbar werden zu lassen, dann werden wir uns mit den Ansprüchen auseinandersetzen. Mit den Qualifikationen, die sie entwickeln, zum Teil zu Zeiten entwickelt haben, wo sie dafür nicht gerügt worden sind, wenn sie progressiv entwickelt haben. All das wird da mit hineinspie-

len, wenn wir es wirklich ernst nehmen. Und ich würde darauf natürlich auch Hoffnung setzen und denke, dass das auch eine Aufgabe eines Bundesforums Familie wäre, da mal genau zu gucken.

#### *Wortmeldung*

Mir ist vorhin aufgefallen, dass der Herr Kruse gesagt hat, das Armutsrisiko sinke bei der Gruppe der Älteren. Ist es gesunken? Gleichzeitig steigt es bei der Gruppe der jungen Familien. D.h. für mich, dass Familie zu haben oder Kinder zu haben ein potentielltes Armutsrisiko ist, und gleichzeitig reden wir von familienfreundlicher Arbeitswelt. Und gleichzeitig ist es ja in unseren Köpfen, dass „Kinder zu erziehen“ keine Arbeit ist.

Wenn sie von Arbeit sprachen, habe ich im Kopf immer gedacht, die meinen bestimmt Erwerbsarbeit. D.h., in unserer Gesellschaft kommt Arbeit nur dann vor, wenn es Geld dafür gibt. Es wäre mir ganz wichtig, den Blick noch einmal darauf zu lenken. Nicht, dass wir nur sagen „Familienfreundliche Arbeitswelt“, sondern den Focus darauf richten, was ist eigentlich Arbeit? Nicht die Arbeitswelt muss familienfreundlich werden, sondern es muss ein Bewusstsein dafür geben, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist. Darunter fasse ich neben der Erwerbsarbeit nicht nur Familienarbeit, darunter fasse ich auch das Ehrenamt.

#### *Wortmeldung*

Vielleicht könnten wir unter „Familienfreundlicher Arbeitswelt“ auch noch mal definieren, was Arbeit ist, was gesellschaftlich relevante Arbeit ist und was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist.

#### *Wortmeldung*

Bleibt eine Frage, die ich schon heute Morgen notiert habe: Wie und mit welchen Unterthemen nehmen wir die ökonomischen Fragen, sozusagen als notwendige Grundlage für gelingende mitverantwortliche Lebensführung, in den Blick, ohne es auf eine verengte Rentendebatte hinaus laufen zu lassen – wohl wissend, dass die Rentendiskussion sehr wichtig ist, aber ohne das 25. Rentenmodell in 2 Jahren heraus zu bringen. Stattdessen sollten wir uns die ökonomischen Lagen der Generationen mit dem Focus auf Familie genauer ansehen. Dieser Aspekt wurde bereits heute Morgen aufgeführt und ich fände es wichtig, dass wir ihn an dieser Stelle erneut notieren.

#### *Wortmeldung*

Ich wollte jetzt noch zu einem Aspekt kommen, der mir heute bei der Runde der Vorstellung der Kandidat/innen eingefallen ist. Wir hatten da sehr verengt diskutiert: Familie, Frauen, Männer, Kinder. Familie ist dort, wo Kinder sind. Ich denke, wir sollten in die Diskussion aber auch die Leistungen aufnehmen, die für die Neffen und Nichten erbracht werden, also von denjenigen, die sich um die Kinder mitkümmern, die nicht zur engeren Familie gehören, die aber durchaus bei Leistungen für die Ausbildung mit einspringen und ihre Zuwendungen nicht von der Steuer absetzen dürfen, weil das überhaupt nicht vorgesehen ist.

Diese Leistungen sind nicht mitgezählt in dem, was Frau Riemann-Hanewinkel angesprochen hat. Das ist ja auch ein riesiges Potential, das in Familie, in Kinder, in Generationen einfließt. Das sollten wir auch als Stichwort aufgreifen; und überprüfen, welche Leistungen – sozusagen außer den Infrastrukturleistungen – noch mit einfließen. Dies betrifft übrigens nicht nur eigene Neffen und Nichten, sondern häufig genug auch Beziehungen, in den so genannten Wahlverwandtschaften oder Wahlfamilien. Das halte ich für einen ganz wichtigen ökonomischen Aspekt.

#### *Frau Fischer-Köhler*

Jetzt sind es doch ein paar mehr Handlungsanweisungen geworden, nicht nur 3 oder 4. Das ist sehr schön, und die Steuerungsgruppe muss ja auch noch ein bisschen Arbeit haben, bevor wir dann wieder in den ersten Fachkongress oder in das erste Fachforum gehen. Ich schlage vor, wir nehmen diese Punkte mit in die erste Steuerungsgruppensitzung, schauen, wie wir sie gewichten, schauen, ob und in welchem Rahmen wir sie bearbeiten können, was zu bearbeiten ist, welche (Mitglieds)Institutionen bei einzelnen Aspekten besonders mitwirken könnten. Ich würde es gerne dabei bewenden lassen, weil wir zunächst eine erste Sammlung von Aspekten

haben wollten, die Sie gerne bearbeiten möchten. Ich möchte Ihnen danken, Herr Kruse. Vielleicht noch ein kurzes Endwort von Ihnen an uns?

*Herr Prof. Kruse*

Einer der wichtigsten Aspekte, scheint mir, ist es, den Arbeitsbegriff zu relativieren. Ich glaube, dass man der Gesellschaft vor Augen führen muss, dass die Erziehung von Kindern ebenso wie die Versorgung von Eltern durchaus als Arbeit zu betrachten ist. Denn jeder weiß, was junge Eltern tun, die Kinder großziehen. Die Arbeit z.B. an meiner Universität ist im Grunde genommen Freizeit gegenüber den heimischen Herausforderungen. Das muss in der Gesellschaft klar gemacht werden, dass das auch eine Form von Arbeit ist. Darüber hinaus wird dadurch auch sehr viel zum Humanvermögen beigetragen. Ich finde also, der Arbeitsbegriff muss ausdifferenziert werden.

Des Weiteren: die Mitverantwortung. Den ganzen Aspekt der Mitverantwortung, Generationensolidarität finde ich auch sehr spannend. Dass man den Mitverantwortungsbegriff stark macht, das würde mir auch sehr gut gefallen, und die Familie in all ihren Bezügen darstellt. Es geht also nicht nur um die Kernfamilie, sondern um die erweiterte Familie.

Wir sprechen das auch mit dem Altenbericht an, aber da wollte ich Ihnen heute nicht zu viel Stoff aufgeben. Wir haben beispielsweise Unterkapitel im Altenbericht, die sich mit der Mitverantwortung befassen, auch in Bezug auf Schwule und Lesben. Wir diskutieren dieses Thema, weil wir sagen, wir dürfen diese Gruppe beispielsweise mit Blick auf die Generationensolidarität nicht ausklammern. Im Altenbericht gehen wir auch auf diese Gruppe ein.

*Frau Fischer-Köhler*

Ich danke Ihnen im Namen aller Anwesenden. Herr Kruse, vielen Dank. Wir danken Ihnen als Steuerungsgruppe, dass so viele von Ihnen durchgehalten haben und wir hoffen, dass wir gemeinsam die nächsten zwei Jahre zum Wohle der Familien und der generationenübergreifenden Lebenssituation in Deutschland gut arbeiten können und Anregungen sowohl für die Verbände, für die Institutionen als auch für die Familienpolitik und das Familienministerium formulieren können.

### **Abschrift der Pinwandpapiere - gewünschte Schwerpunkte -**

1. Generationen - Solidarität
  - Wahrnehmung
  - Tun
2. Familienfreundliche Arbeitswelt
  - Was ist Arbeit? - Kindererziehung ist Arbeit
3. Migration / Familienstrukturen
4. Rollenverteilung Mann / Frau
5. Zeit neu verteilen
6. neues Verhältnis Generationen
7. Mitverantwortliche Lebensführung
  - Pflege
8. Was ist gesellschaftlich relevante Arbeit?
9. Ökonomische Fragen / Lagen der Generationen
10. Unterstützungssysteme für Familie (Wahlfamilie)

## Tagungsprogramm

- 09:30 Uhr** Ankommen und Begrüßungskaffee
- 09:45 Uhr** Begrüßung  
*Norbert Hocke*  
*Sprecher Bundesforum Familie*
- 10:30 Uhr** Vorstellung des neuen Arbeitsthemas 2005 - 2006  
„Familie und Generationen“  
*Cornelia Spohn*
- Diskussion über Schwerpunkte,  
Möglichkeiten, Ziele und Grenzen  
- Abstimmung -
- 11:15 Uhr** Kurze Pause / Kaffee
- 12:45 Uhr** Strukturierung und Organisation der Arbeitsphase 2005 - 2006  
Arbeitsweisen, Rahmenbedingungen, Umsetzungsschritte, Beteiligung  
*Magda Göller*
- 13:05 Uhr -  
14:00 Uhr** Mittagspause mit Imbiss
- 14:00 Uhr** Podiumsdiskussion  
„Der Generationenpakt: Das soziale Netz der Zukunft“
- Christel Riemann-Hanewinckel*  
*Parlamentarische Staatssekretärin*  
*im BMFSFJ*
- Prof. Dr. Hans Bertram*  
*Vorsitzender 7. Familienberichtskommission*
- Prof. Dr. Andreas Kruse*  
*Vorsitzender 5. Altenberichtskommission*
- Moderation: Norbert Hocke*
- 15:30 Uhr** „Familie und Generationen“  
– Was die Mitglieder des Bundesforums  
Familie erreichen wollen. –
- Fachgespräch der Mitglieder des Bundesforums Familie mit Prof. Dr. Kruse und der  
BFF-Steuerungsgruppe
- Moderation: Gislinda Fischer-Köhler*
- 17:00 Uhr** Ende der Veranstaltung

## FAMILIE UND GENERATIONEN

Dieses Thema passt offenbar in die heutige Zeit, in der allorts vom demographischen Wandel, von zu vielen Alten und zu wenigen Kindern geredet wird. Die Familie, hier noch in der gängigen Vorstellung als Vater-Mutter-Kind gemeint, nimmt in der Rhetorik der Demographie eine Schlüsselstellung ein. Familien liefern die wichtigste Kennziffer des Bevölkerungssaldos: die Geburten. Die Demographie verstellt aber den Blick auf den Kern des Themas. Was ist das Potenzial und die Verantwortung von Familien im Verhältnis der Generationen, jenseits des zahlenmäßigen Verhältnisses?

In den Familien gibt es die umfangreichsten und stabilsten Beziehungen zwischen den Generationen innerhalb der Gesellschaft. Damit ist die Familie der wichtigste Ort des Kontakts und der Kommunikation der Generationen. Dieser Befund ist die Grundlage für die folgenden Thesen:

### I. Freiheit und Demokratie

Menschen bestimmen mit ihrem alltäglichen Handeln, wie die Gesellschaft beschaffen ist, die sie gemeinsam bilden. Der Wohlfahrtsstaat hat die Position der einzelnen Familienmitglieder gestärkt. Die Ambivalenz der Familie zwischen Konflikt und Geborgenheit wurde gemildert und neue Lösungsstrategien für Konflikte hervorgebracht. Die Demokratie hält Einzug in die Familien und verändert den Umgang zwischen den Generationen.

**DIE FREIHEITLICHE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT WÄRE GEFÄHRDET, WENN FAMILIEN WIEDER ZU NOTGEMEINSCHAFTEN WÜRDEN.**

### II. Allianz der FSFJ (Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Ob es einen Generationenkonflikt geben könnte, der über den traditionellen Wertekonflikt hinaus ein Verteilungskampf ist, lässt sich heute nicht sicher beantworten. Gut funktionierende Familien wirken einer solchen Entwicklung jedenfalls entgegen, da sie den vertikalen Zusammenhalt der Gesellschaft gegenüber dem horizontalen Zusammenhalt innerhalb der Generationen stärken. Familie meint nicht nur Vater, Mutter, Kind. Familie muss als das Verhältnis von Kindern, Eltern, Großeltern und teilweise Ur- und Urgroßeltern betrachtet werden. Aus dieser Einsicht ergibt sich, dass die Alten-, Familien-, Jugend- und auch Frauenverbände unter dem Gesichtspunkt eines gesunden Generationenverhältnisses durchaus gemeinsame Interessen verfolgen können. Deshalb sollten sie sich nicht in ihrer „Lobby-Arbeit“ gegenseitig im Wege stehen, sondern gemeinsame Ziele erkennen und verfolgen. Das ist umso notwendiger, weil der Ort eines möglichen Verteilungskampfes dort wäre, wo schon immer um Vorteile bei der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen gerungen wird, in den Verbänden.

**FAMILIEN STÄRKEN HEIßT DEN GENERATIONENFRIEDEN SICHERN.**

### III. Die Symbiose von Wohlfahrtsstaat und Familie

Die Familie und der Sozialstaat bilden eine „Symbiose“. Durch sozialstaatliche Leistungen wurde die Familie von einer „Notgemeinschaft“ zu einer „Wahlverwandtschaft“. Die Familie wiederum erhält den Sozial-

staat, indem sie ihn durch die Übernahme von Alten- oder Kinderpflege entlastet. Dieser „kleine Generationenvertrag“ ist für die Existenz des Wohlfahrtsstaates mindestens ebenso wichtig, wie der viel zitierte gesellschaftliche Generationenvertrag. Die Pflegeleistungen in den Familien gelten aber noch weit gehend als selbstverständlich oder werden als Privatangelegenheit betrachtet.

**OHNE FAMILIEN KEIN WOHLFAHRTSSTAAT UND OHNE WOHLFAHRTSSTAAT KEINE MODERNEN, STABILEN FAMILIEN.**

#### **IV. Wer unterschrieb den Generationenvertrag?**

„Das was „Generationenvertrag“ genannt wird, ist in Wirklichkeit eine gesetzlich angeordnete und gewährleistete staatliche Finanzierung der Rente durch Beiträge der ArbeitnehmerInnen. ... Der Begriff „Generationenvertrag“ wird sozialpolitisch jedoch aufgrund seiner suggestiven Wirkung gern benützt.“ (Höpflinger) Diesen „gesellschaftliche Generationenvertrag“ kann man nicht wie den „kleinen (familiären) Generationenvertrag“ durch die eigenen Handlungen leben lassen. Die Verankerung eines solchen Vertrags in den Herzen und Köpfen der Menschen kann man daher mit gutem Grund bezweifeln. Der so genannte Generationenvertrag ist lediglich ein sehr optimistisches Finanzkonzept, das davon ausgeht, dass alle Generationen die gleichen Lasten tragen und die gleichen Leistungen erbringen können. Soll es ein echter Vertrag werden, müssten Regeln für die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und Lasten aufgestellt werden. In diese Bilanz müssen auch die Leistungen des „kleinen Generationenvertrags“ eingehen.

**GENERATIONENGERECHTIGKEIT MUSS AUCH MIT DEM „KLEINEN GENERATIONENVERTRAG“ BILANZIERT WERDEN**

#### **V. Lebenslanges Voneinanderlernen**

Deutschland hat weniger Nachwuchs. Damit dieser besser qualifiziert ist, wenn er die Schulen verlässt, muss noch einiges getan werden. Gleichzeitig steigt das durchschnittliche Bildungsniveau der Älteren kontinuier-

lich. Die Zukunft Deutschlands hängt stark davon ab, welche innovativen Potenziale erschlossen werden können. Die Kooperation der Generationen in einem Prozess lebenslangen Lernens kann in unterschiedlichen Formen erfolgen und ein enormes innovatives Potenzial erschließen. Offenheit, Neugier und das Ablegen von Eitelkeiten sind dafür nötig.

**FAMILIE IST DIE ELEMENTARE PLATTFORM DES LEBENSLANGEN LERNENS DER GENERATIONEN UND DER AUSGANGSPUNKT FÜR EINE NEUE FORM DER INNOVATION DURCH DIE KOOPERATION DER GENERATIONEN.**

#### **VI. Die Leihoma im Kiez**

Auch Familien sind in immer größerem Maße zu einer höheren Mobilität gezwungen, um ihre Existenz zu sichern oder zu verbessern. Nach einem Umzug in einen neuen Arbeitsort sind sie meist von ihren verwandtschaftlichen Unterstützungsnetzwerken getrennt und müssen sich neue Kontakte aufbauen. Die Familien mit ihren Bedürfnissen und Nöten in der Alltagsorganisation könnten so zum Kristallisationskern von Nachbarschaftsbeziehungen – und damit auch Generationsbeziehungen – werden.

**FAMILIE IST DER KATALYSATOR GESELLSCHAFTLICHER INTEGRATION.**

#### **VII. Wenn Omi für Papa arbeiten geht**

Viele ältere Arbeitnehmer/innen wurden frühverrentet. Die Familien kämpfen mit der Belastung durch Kinder- oder Altenpflege und Beruf. Die Unternehmen benutzen die staatlich subventionierte Aussortierung der Älteren für ihren Stellenabbau. Gleichzeitig klagen sie aber über den Verlust des Know-hows der Frührentner/innen. Die Lösung dieses Problems könnte in einer flexibleren Verteilung der Lebensarbeitszeit bis jenseits des Alters von 65 liegen. Die Grundlage dafür kann ein Bürgergeld sein, das jeder/jedem gezahlt wird, die/der ein Pensum bürgerschaftlichen Engagements leistet. Dazu zählt natürlich auch die Pflege von Kindern oder Alten. Auf diese Weise könnten Familien in der Phase der Elternschaft oder der Großelternpflege entlastet werden



und ältere Arbeitnehmer/innen den Unternehmen durch einen fließenden Übergang (Teilzeit) in den Ruhestand länger zur Verfügung stehen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die komplizierte Verwaltung unterschiedlicher sozialer Transfers aufzugeben und in einem System, dem Bürgergeld, zu bündeln.

**EIN BÜRGERGELD, WELCHES AN EIN PEN-SUM BÜRGERCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS GEKOPPELT IST, KÖNNTE DIE KONZENTRIERTESTE UND ÜBERSCHAUBARSTE LÖSUNG VIELER ANSONSTEN ISOLIERT BEHANDELTER PROBLEME SEIN.**

### VIII. Gesundheit durch Geborgenheit

Es gibt eine Reihe medizinischer Studien, die zeigen, dass enge Beziehungen, z.B. Partnerschaften, das Risiko von Erkrankungen verringern. In der bisher gesichteten Literatur wird der Einfluss von Familien nicht namentlich genannt. Meist ist von Partnerschaft oder allgemein von einem starken sozialen Rückhalt die Rede. Den sozialen Rückhalt bilden Freundschaftsbeziehungen ebenso wie Familienbeziehungen. Man kann also mit einiger Sicherheit mutmaßen, dass „Familie“ einen großen Beitrag für die Gesundheit der Familienmitglieder leisten.

**FAMILIEN FÖRDERN DAS WOHLBEFINDEN UND VERRINGERN DAS KRANKHEITSRISIKO.**

#### Ideen für praktische Maßnahmen:

- Pflegezeit ähnlich schützen wie Elternzeit (Beispiele „eldercare“ IBM, HP)
- Bürgergeld für engagierte Bürger/innen
- Pflege-WG's und andere alternative Wohnformen testen und fördern
- Elternschaft stärker fördern als Ehe
- bevölkerungsbewusste Familienpolitik als Alternative zu einer geburtenfokussierten Bevölkerungspolitik
- Eltern entlasten, Erwerbstätigkeit – vor allem der Frauen – ermöglichen durch mehr Plätze in Kindergärten und Hort

- Familienarbeit durch Sozialleistungen, z.B. Bürgergeld, ermöglichen und honorieren
- Überdenken des Subsidiaritätsprinzips gegenüber der Familie und dem Bürger/innen
- Arbeitszeitverlagerung, weniger Arbeitsbelastung während der Familiengründung, dafür Arbeit jenseits 65 (Argumentation von Hans Bertram oder James Vaupel)
- Zumutbarkeitsregeln der Arbeitsämter familienfreundlicher gestalten (z.B. Wegezeiten)
- Förderung von Lernpatenschaften zwischen Großeltern und Enkeln
- aktive Einbeziehung der Älteren in den Schulalltag durch AGs oder andere Formen
- andere Formen der Begegnung der Generationen, welche der Segregation der Generationen in isolierten Lebensräumen entgegenwirken

---

## DEMOGRAPHIE, FAMILIE UND GENERATIONEN

Schlanke Unternehmen, schlanke Verwaltung oder gar ein schlanker Staat; dies gilt als wünschenswert. Auch viele Menschen wollen schlank sein, denn schlank sein, heißt fit sein.

Über schlanke Familien freut sich hingegen keiner. Diese Familien wurden auch schon „Bohnenstangenfamilien“ genannt und das klingt nicht gerade fit. Solche Familien strecken sich über vier manchmal fünf Generationen, die jeweils nur mager vertreten sind.

Die Bohnenstangenfamilie macht Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten Angst. Wer soll einmal die Renten zahlen, wer die Alten pflegen, wenn es kaum noch junge Leute gibt? Diese Frage scheint einleuchtend. Genauer betrachtet entspringt das Rentenproblem aber nicht nur dem gegenwärtigen demographischen Wandel.

Betrachtet man die Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen, die Zunahme nicht-sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die langen Ausbildungszeiten, relativiert sich das demographische Problem der Rentenfi-

nanzierung beträchtlich. Es gibt bereits heute einige Millionen Menschen, die gern die Rentenkassen füllen würden.

Auch wenn dies gegenwärtig kaum vorstellbar erscheint, soll es zukünftig einen demographisch bedingten Arbeitskräftemangel geben. Ob diese Hoffnung wahr wird, das wird die Zukunft zeigen. Die stetig steigende Arbeitsproduktivität und die bis zum Qualitätsverlust getriebene Rationalisierung in den Unternehmen nähren diese Hoffnung nicht. Zudem geben selbst Demographen zu, dass Prognosen über mehr als 10 bis 20 Jahre hinaus unseriös

sind. Keiner konnte den Babyboom oder den Pillenknicke voraussehen. Aber die

Demographie ist ähnlich wie die Globalisierung zu einem politischen Modeargument geworden, weil es die Beschränkung der politischen Gestaltungskraft begründet. Im Falle der Demographie wird die Verantwortung allerdings wahlweise den Familien oder den Kinderlosen aufgebürdet.

Es ist nicht sicher, dass alle Frauen, die heute noch in die Statistik als kinderlos eingehen, auch bis zum Ende ihrer so genannten fertilen Phase kinderlos bleiben. Die Geburt eines Kindes wird zunehmend hinausgeschoben. So könnten Frauen jenseits der 35 in den nächsten Jahren noch Mütter werden. Gesicherte Aussagen über die Fertilität lassen sich momentan nur für die Jahrgänge bis 1960 machen.

Ohne das Problem – vor allem der *ungewollten* – Kinderlosigkeit zu leugnen: Die Klage über eine zunehmende Kinderlosigkeit führt nicht zu einer höheren Sensibilität gegenüber den Belangen von Familien. Sie ist eher geeignet, die Gesellschaft zu spal-

ten: in „Verantwortungs- und Kinderlose“ auf der einen und „sich aufopfernde“ Familien auf der anderen Seite.

Fazit: Eine Familienpolitik, die durch demographische Befunde ausgelöst wird, stellt das Wohl der Gesellschaft und nicht das Wohl der Familien in den Mittelpunkt. Damit wird der direkte Blick auf die Probleme und Bedürfnisse der Familien und ihrer einzelnen Mitglieder verstellt.

**FAMILIENPOLITIK DARF NICHT ZUR GEBURTENPOLITIK WERDEN. BEVÖLKERUNGSBEWUSSTE FAMILIENPOLITIK STATT GEBURTENFOKUSSIERTE BEVÖLKERUNGSPOLITIK.**

Die freiwillige Kinderlosigkeit ist immer noch eine Randerscheinung und sollte als eine freie individuelle Entscheidung akzeptiert werden. Gleichzeitig ist es notwendig, einen gerechten Lastenausgleich in der Gesellschaft einzurichten. Das BFF wird selbstverständlich weiterhin die Mängel unserer Gesellschaft ankreiden, welche dazu führen, dass sich die Menschen ihre vorhandenen Kinderwünsche nicht erfüllen:

- Zu lange Ausbildungszeiten
- Zu wenig Unterstützung für Elternschaft während der Ausbildung
- Unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Kita, Hort)
- Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Staffellauf über befristete Verträge und unentgeltliche Praktika, Stress, sog. „Lebensstau“)
- befürchteter Karriereknick
- „Emanzipationsdefizit“ der Männer

## Fotos



Die alte Steuerungsgruppe eröffnet die Mitgliederversammlung



Verabschiedung der alten Steuerungsgruppe und Danksagung



Norbert Hocke, Sprecher des Bundesforums Familie



Podiumsdiskussion mit Prof. Hans Bertram, der Parlamentarischen Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel, Norbert Hocke und Prof. Andreas Kruse (vlnr.)

